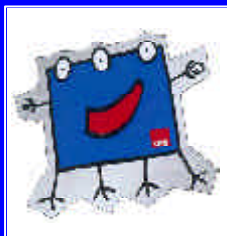


Bezirksparteitag

Bad Salzdetfurth, 23. und 24. Juni 2001
Rechenschaftsbericht



„...unternimm was!“

Kurt-Schumacher-Haus in Hannover



Nachhaltigkeit in den Regionen.

Regionalkonferenz in Hildesheim



Klaus Harpprecht
im Kurt S.

Bezirk Hannover

SPD

Zukunft in Arbeit.

Laotse

»Verantwortlich

ist man nicht nur

~~für das, was man tut,~~

sondern auch für das,

was man nicht tut.«

Impressum

Herausgeber:
SPD-Bezirk Hannover
Odeonstraße 15/16
30159 Hannover
Verantwortlich:
Stefan Schostok
Gestaltung:
Christoph Matteredne

Redaktion:
Johnfried Budelmann
Anja Gärtner
Ella Stellmach
Druck:
Druckerei, Kopier- und
Versandservice im Kurt-
Schumacher-Haus

Internet:
www.spd-bezirk-hannover.de
Telefon:
05 11 / 16 74-22 8
Telefax:
05 11 / 1 31 75 77
E-Mail:
info@spd-bezirk-hannover.de

Inhaltsverzeichnis

Impressum	2
Inhaltsverzeichnis	3
Gedenken der Verstorbenen	4

Politischer Bericht

Politischer Rechenschaftsbericht des Bezirksvorsitzenden	6
Tätigkeitsbericht des SPD-Bezirksvorstandes	12
Die Arbeit des Bezirksbeirates	19
Schiedskommission	22
Gleichstellungskommission	23
Beteiligung der Frauen an der Parteiarbeit	24

Finanzen

Finanzbericht für die Jahre 1999 und 2000	28
Revisionsbericht für die Jahre 1999 und 2000	33

Die aktive Partei

Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA)	36
Arbeitsgemeinschaft Selbständige in der SPD, AG Wirtschaft (AGS, AGW)	37
Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (ASF)	39
Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokraten im Gesundheitswesen (ASG)	42
Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen (AsJ)	43
Arbeitsgemeinschaft ehemals verfolgter Sozialdemokraten (AvS)	46
Arbeitsgemeinschaft 60 plus	48
Jusos in der SPD	50
AG Behinderte	53
Bildungskommission	55
Bundeswehr und SPD	57
Hochschule und Wissenschaft	57
Kommunalpolitischer Arbeitskreis (KAK)	59
Gesprächskreis Kirche und SPD	62
Schulpolitische Kommission	63
Arbeitskreis Tierschutz	64

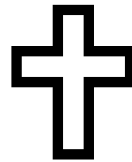
Service

Abgeordnete des SPD-Bezirks Hannover	66
Unterbezirksvorsitzende	68
Mitgliederentwicklung 1989 bis 2000	69
Mitgliederwerbekampagne	70
„Wir machen Druck ... und andere Sachen“	73
Druckerei, Kopier- und Versandservice im Kurt-Schumacher-Haus	
Unterbezirksbüros im SPD-Bezirk Hannover	76
Telefonverzeichnis Kurt-Schumacher-Haus	78

Bezirk Hannover

SPD

Zukunft in Arbeit.



„Wir Sozialdemokraten, Frauen und Männer,
kämpfen für eine friedliche Welt
und eine lebensfähige Natur,
für eine menschenwürdige,
sozial gerechte Welt.“

So beginnt unser Berliner Programm.

Als Mitstreiter im Kampf für eine
bessere Gesellschaft haben wir
in den letzten zwei Jahren durch Tod
über 1.000 Genossinnen und Genossen verloren.
Viele waren über einen sehr langen
Zeitraum Mitglied unserer Partei,
einige hatten wichtige
Funktionen oder Mandate.

Jeder hat für unsere Ziele gestritten.

Den Verstorbenen gilt unser Dank
für ihr Wirken zum Wohle
der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Stellvertretend für die Verstorbenen

werden im Berichtszeitraum von Juni 1999 bis Mai 2001 genannt:

Unterbezirk Celle

Blaschey, Jürgen
Barthel, Gerhard

Unterbezirk Diepholz

Gromm, Herbert
Perschke, Harry
Holzwarth, Fred
Gronau, Hans O. E.
Müller, Heinrich

Unterbezirk Göttingen

Kantelhardt, Hermann
Rehbein, August
Krüger, Johann

Unterbezirk Hameln-Pyrmont

Clavey, Heinrich
Schlüter, Karl-Heinz

Unterbezirk Hannover-Land

Ahrens, Willy
Panitz, Erich
Herzog, Marita
Schünke, Anneliese

Unterbezirk Hannover-Stadt

Reseg, Hans
Meyer, Elise
Kreibohm, Bernhard
Krepela, Hannes

Unterbezirk LK Harburg

Alsguth, Frieda
Thiemann, Jürgen

Unterbezirk Hildesheim

Böcken, Waltraut
Brennecke, Karl-Heinz
Barkow, Günter

Unterbezirk Holzminden

Kretschmer, Paul

Unterbezirk Lüneburg

Kirbach, Waldemar
Jencyk, Gerhard
Maack, Walter

Unterbezirk Nienburg

Hockemeyer, Willi
Helfers, Heidrun

Unterbezirk Northeim-Einbeck

Schütte, Karl
Lüdecke, Walter
Sattler, Bernhard

Unterbezirk Schaumburg

Brinkmann, Heinrich
Preul, Helmut

Unterbezirk Uelzen/Lüchow-Dannenberg

Fuhrmannn, Heike
Harders, Friedrich
Rühling, Friedrich

Bezirk Hannover

SPD

Zukunft in Arbeit.



Wolfgang
Jüttner

Politischer Rechenschaftsbericht des Bezirksvorsitzenden

Vorbereitungen
auf die Kommunalwahl
2001

Die vergangenen beiden Jahre wurden vom SPD-Bezirk Hannover für die Vorbereitung unserer Organisation auf die anstehenden Kommunal-, Bundestags- und Landtagswahlen genutzt.

Mitgliederwerbekampagne

Auf die Mitgliederentwicklung haben wir mit einer Kampagne [...unternimm was!] reagiert, die mittlerweile erste Früchte trägt. Unsere Erfahrungen bestätigen sich wieder einmal, dass gerade vor Kommunalwahlen die Bereitschaft, sich politisch zu engagieren, zunimmt. Zum ersten Mal nach langer Zeit überwiegen die Neueintritte die Abgänge.

Kommunalpolitische Leitlinien

Zur inhaltlichen Vorbereitung auf die Kommunalwahlen sind die „Kommunalpolitischen Leitlinien“ entwickelt und zehn Konferenzen in den Unterbezirken durch den Kommunalpolitischen Arbeitskreis des Bezirks und die SGK durchgeführt worden.

Kommunalpolitische Akademie Niedersachsen

Der Bezirk hat die Gründung einer Kommunalpolitischen Akademie Niedersachsen vorangetrieben, die mittlerweile einen Pool von KandidatInnen für die Wahl von BürgermeisterInnen herausgebildet hat und Angebote zu deren Förderung und Qualifizierung unterbreitet. Wir verstehen die Kommunalpolitische Akademie des Parteivorstands als willkommene Ergänzung unserer eigenen Anstrengungen, die dazu beiträgt, dass gerade jüngere KandidatInnen auf ihre Aufgaben vorbereitet werden.

Neue Richtlinien und die Quotierung

Für die Aufstellung der KandidatInnen zu den Kommunalwahlen wurden vom Bezirk neue Richtlinien erlassen. Der Bezirksvorstand hat in Zusammenarbeit mit AsF und Gleichstellungskommission in mehreren Sitzungen besonders auf die Einhaltung der Quotierungsvorschriften gedrängt und dort, wo erkennbar Schwierigkeiten entstanden vorsorgend unterstützt. Der Wahlkampf von Frauen für Frauen wird durch AsF und Bezirk mit einer eigenen Veröffentlichung, die das lokale Engagement von Frauen darstellen soll, unterstützt.

Stärkung der Gliederungen durch den a.o. Bezirksparteitag zur Parteireform

Wir haben mit unserem a.o. Bezirksparteitag am 20.01.2001 die Unterbezirke und die Gliederungen in der politischen Gemeinde zur Ausfüllung und Bewältigung neuer Anforderungen organisatorisch und finanziell gestärkt. Dies wurde unter anderem auch durch die Änderung der Finanzverteilung zu Gunsten der Unterbezirke erreicht. Zur Stärkung der öffentlichen Wirkungsmöglichkeiten der Gliederungen, gerade der Ortsvereine, Stadt- und Gemeindeverbände werden vom Bezirk und den Unterbezirken zentrale Unterstützungen zum Beispiel mit dem neuen Redaktionssystem für die Internetauftritte, durch den erweiterten Service der Druckerei, durch Veranstaltungsunterstützung u.a. gegeben werden.

Die Bundesregierung unter der Führung des Bundeskanzlers Gerhard Schröder sitzt fest im Sattel. Maßgeblich dazu beigetragen hat nach einer von der Partei kritisch begleiteten Zwischenphase Mitte 1999 die systematische Abarbeitung des Regierungsprogramms durch Regierung und Partei. Die sichtbare Professionalisierung der Öffentlichkeitsarbeit unter Franz Müntefering, die eingeleitete Diskussion um die Parteireform und ein neues Grundsatzprogramm haben die SPD für die anstehenden Bundestagswahlen gut „aufgestellt“. Unsere ausdrückliche Unterstützung und Mitwirkung haben bundespolitische Vorhaben zur Steuerreform, Rentenreform/Altterssicherung, betrieblichen Mitbestimmung, zur Umsteuerung in der Landwirtschaft und dem Verbraucherschutz, zu erneuerbaren Energien und der Energieeinsparung gefunden.

Bundespolitik

Der Bundesparteitag Ende 2001 in Nürnberg ist die Gelegenheit diese Vorbereitungen abzuschließen, aber sich auch dort als Bezirk in die Diskussion einzubringen, wo neue Schwerpunktsetzungen vorgenommen oder auch inhaltliche Korrekturen von uns gewünscht werden.

Die vergangenen beiden Jahre waren für unseren Bezirk sehr bewegende Jahre. Daran haben wir unseren maßgeblichen Anteil gehabt.

Landespolitik

Im Dezember 1999 ist Sigmar Gabriel nach der Entscheidung von Partei und Fraktion als gewählter Ministerpräsident hervor gegangen. Dass die SPD mehrere Kandidaten zur Auswahl hatte, hat sich als gut erwiesen. Sigmar Gabriel hat und wird weiter die uneingeschränkte Unterstützung unseres Bezirks für seine Arbeit erhalten.

Ende 2000 wurden Umstrukturierungen des Kabinetts vorgenommen. Unsere stellv. Bezirksvorsitzende Heidi Merk und der Wirtschaftsminister Peter Fischer aus Langenhagen sind nach zehn Jahren aus dem Kabinett ausgeschieden. Wir sind ihnen zu großem Dank verpflichtet und hoffen, dass sie der Partei als große Persönlichkeiten weiter zur Verfügung stehen.

Mit Prof. Dr. Pfeiffer als neuem Justizminister, Heinz-Herrmann Witte als neuem Staatssekretär im Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales haben wir sehr engagierte Politiker unseres Bezirks für die Landespolitik gewonnen.

Durch die Ernennung Heino Wieses zum neuen SPD-Landesgeschäftsführer haben wir zwar unseren bisherigen leitenden Bezirksgeschäftsführer abgeben müssen. Andererseits aber ist schon durch die ersten Maßnahmen spürbar geworden, dass sich der Landesverband durch eine professionelle Abstimmung von Geschäftsführung, Vorstand und Regierungsarbeit sehr schnell und effektiv auf die bevorstehende Herausforderung der Landtagswahl 2003 eingestellt hat.

Neue Geschäftsführung im Bezirk

Der Vorstand hat mit Stefan Schostok am 25. August 2000 einen neuen leitenden Bezirksgeschäftsführer gewählt. Er hat sich für die kommenden Jahre Schwerpunkte in der Partei- und Organisationsreform, der Unterstützung der programmatischen Arbeit und der Öffentlichkeitsarbeit nach innen und außen gesetzt.

Bezirk Hannover

SPD

Zukunft in Arbeit.



Politischer Rechenschaftsbericht des Bezirksvorsitzenden

Arbeit des Bezirks **Strukturreform**

Die dritte Stufe der 1995 begonnenen Strukturreform ist in diesem Jahr abgeschlossen. Wir haben auf dem a.o. Bezirksparteitag beschlossen, auf Basis einer Auswertung des aktuellen Entwicklungsstandes (eine Kommission zwischen Geschäftsführung und Betriebsrat arbeitet bereits an ihr) vor allem Vorschläge für eine weitere Umsetzung der Strukturreform zu erarbeiten. Zentrale Serviceangebote des Bezirks sollen konzentriert angeboten und auf den Bedarf der Gliederungen ausgerichtet werden. Hierzu gehören vor allem die Politische Bildung, Internet-Hilfen für die „Digitalisierung“ der SPD, Projekt- und Veranstaltungsmanagement, Finanzwesen,... . Die Leistungsfähigkeit der Service-Center für die Gliederungen, Arbeitsgemeinschaften und Projektgruppen soll weiter erhöht und die Rolle der ParteimanagerInnen präzisiert werden.

IPQ und interne Fort- und Weiterbildung

Mit dem Ziel, den Beschäftigten des SPD-Bezirks Hannover die Weiterentwicklung und Vertiefung ihrer beruflichen Qualifikation zu ermöglichen, haben Vorstand und Beschäftigte eine Betriebsvereinbarung geschlossen: Diese Betriebsvereinbarung betrifft insbesondere die Maßnahmen des Programms „Innovation, Personalentwicklung und Qualifizierung in der SPD“. In Zusammenarbeit von SPD-Parteivorstand, den Landesverbänden und Bezirken und den sozialdemokratischen Bildungsträgern wird allen hauptamtlich beschäftigten ArbeitnehmerInnen des SPD-Bezirks Hannover eine bedarfsgerechte und praxisnahe Weiterqualifizierung gewährleistet. Der Bezirk Hannover bietet darüber hinaus den BüroleiterInnen ergänzende Weiterbildungen sowie sogenannte „in house“-Schulungen für die qualifizierte Nutzung im EDV - Bereich.

Mit der Umsetzung des anspruchsvollen Qualifizierungsprogramms verwirklicht die SPD das Leitbild einer „Lernenden Organisation“.

Tarifvertrag

Rückwirkend zum 1. Januar 2000 wurde ein neuer Gehaltstarifvertrag mit zweijähriger Laufzeit abgeschlossen.

Ausbildung

Ihre Ausbildung abgeschlossen hat Jenni Möller. Joulie Aggelidou befindet sich zur Zeit in der Prüfung. Wir haben uns nach den guten Erfahrungen der vergangenen Jahre entschlossen, im Herbst wieder eine/n Auszubildende/n einzustellen.

Kurt-Schumacher-Haus

Der Umbau des Kurt-Schumacher-Hauses konnte nach einem Jahr im Frühjahr 2000 abgeschlossen werden. In einer ersten Feier konnten die erneuerten Räumlichkeiten von den vielen UnterstützerInnen und anderen Interessierten bewundert werden. Nach den Mühen und erheblichen Belastungen für die Beschäftigten in der Zeit des Umbaus, wurde mit der Erarbeitung und Durchführung eines „Imagekonzeptes“ begonnen. Zu ihm gehören eine verbesserte Belegungsverwaltung für die Sitzungsräume in Kooperation von Bezirksbüro, Empfang und

dem angeschlossenen Bistro Kurt S., die Durchführung von öffentlichen Veranstaltungen und die Präsentation von Ausstellungen. Das Kurt-Schumacher-Haus mit seinen Beschäftigten wird so immer mehr zu einem Ausdruck für die Offenheit und den Gestaltungswillen der SPD.

Ich möchte aus diesem Grunde zum Schluss besonders den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie dem Betriebsrat für ihre engagierte Arbeit für die SPD und ihre Mitglieder danken.

Wolfgang Jüttner



Aktuelle Ausstellung im Kurt-Schumacher-Haus

In regelmäßigen Abständen veranstaltet die SPD im Kurt-Schumacher-Haus kulturelle Veranstaltungen. Nun ist es gelungen, eine Ausstellung mit 31 Originalbildern australischer Ureinwohner (Aborigines) zeigen zu können. Unter dem Motto

SPD trifft Australien – Malerei der Aborigines

sind diese noch bis Ende Juni in der Odeonstraße zu besichtigen.

Jama Dreaming - Traum der Regenbogenschlange

Malerei der Aborigines

Inibla Goobya
Jurragubari
Wunja-la und andere

Ausstellungsdauer

21. Mai bis 30. Juni 2001

Öffnungszeiten

Mo bis Do 8.30 bis 16.30 Uhr
 Fr 8.30 bis 14.00 Uhr sowie nach Vereinbarung



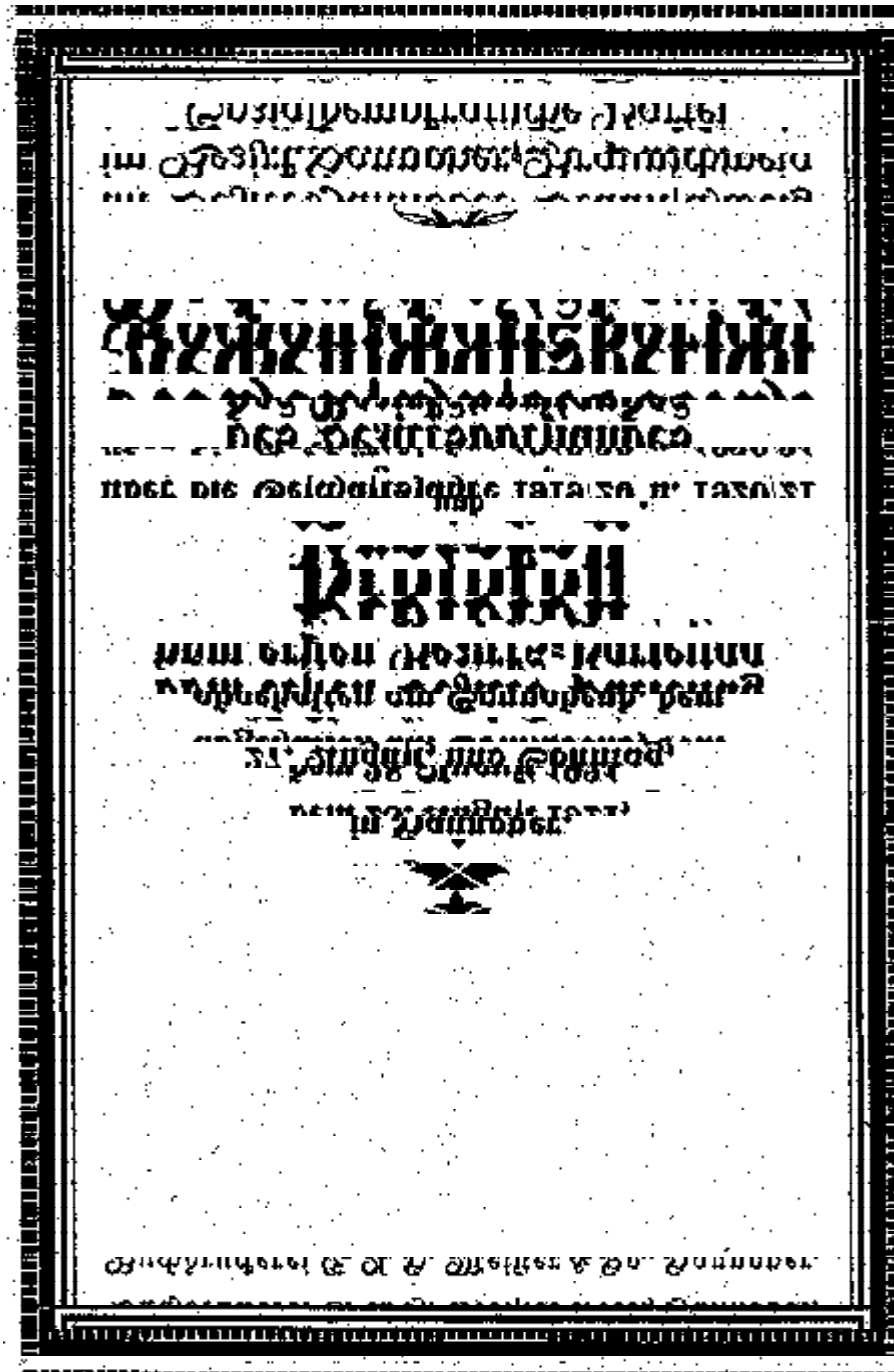
Bezirk Hannover

SPD

Zukunft in Arbeit.



Erster Bezirksparteitag am 27. und 28. August 1921 in Hannover



Im Jahr 1921 fand Ende August der erste Parteitag des damaligen SPD-Bezirks Hannover-Braunschweig statt. Wir wollen nun – 80 Jahre später – die Gelegenheit nutzen, um an einigen Stellen des aktuellen Berichts Rückschau zu halten.

Viel Spaß dabei!

Die wichtigste Arbeit der 5. Provinzialversammlung, die am 13. und 14. September 1919 in Hannover tagte, war die Neugestaltung der Parteiorganisation. Durch die Verhältnisse nach der Revolution hatten wir insbesondere ein neues Wahlrecht bekommen. Unsere alte Forderung des Verhältniswahlsystems war erfüllt, und dadurch traten an Stelle der alten Reichstagswahlkreis große Wahlkreise. In unserem Bezirk hatten wir zuerst einen Wahlkreis, der die Regierungsbezirke Hannover, Hildesheim und Lüneburg sowie den Freistaat Braunschweig umfaßte. Durch neuere Bestimmungen ist der Regierungsbezirk Lüneburg abgetrennt und mit dem Regierungsbezirk Stade zu einem Wahlkreis vereinigt worden.

Den so durch die Gesetzgebung neu geschaffenen Wahlrechtsverhältnissen mußte sich unsere Parteiorganisation anpassen. Der Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, der vom 10. bis 15. Juni in Weimar tagte, beschloß dann auch ein Organisationsstatut, in welchem bestimmt wurde: „Die Grundlage der Organisation bildet der sozialdemokratische Bezirksverband, der vom Parteivorstand nach politischer Zweckmäßigkeit abgegrenzt wird.“

Parteivorstand und Parteiauschuß haben später bestimmt,

daß sich die Bezirksverbände im allgemeinen nach der damals gültigen Wahlkreiseinteilung abzugrenzen hätten.

Damit war auch für uns die Richtlinie gegeben. Das durch die 5. Provinzialversammlung geschaffene Statut mußte bezüglich der Gliederung bald umgestoßen werden. Am 1. Januar 1920 trat der Regierungsbezirk Osna-brück aus unserer Bezirksorganisation aus, und wir bekamen hinzu den Freistaat Braunschweig und die Kreis Harburg-Stadt und Land, Hoya und Syke. In diesem Rahmen hat die Bezirksorganisation in den letzten zwei Jahren gearbeitet. Die neugestaltete Organisation hat sich im allgemeinen gut bewährt. Kleine Mängel, die sich bei der praktischen Anwendung des Parteistatuts herausgestellt haben, müssen durch den bevorstehenden Parteitag beseitigt werden.

Sehr erfreulich ist vor allem, dass sich die Wochenbeiträge und die damit verbundene Beitragserhöhung gut eingeführt haben. Der Parteitag in Weimar im Jahre 1919 hatte beschlossen, den Mindestbetrag pro Woche auf 20 Pf. für Männer und auf 15 Pf. für Frauen festzusetzen. Diesem Beschlusse trat die 5. Provinzialversammlung von Hannover bei. Das Sekretariat hat dann ein aufklärendes Flugblatt anfertigen

lassen, welches jedem Mitgliede bei der ersten Beitragstaffierung nach den höheren Sätzen zugestellt wurde. Nennenswerte Austritte wegen dieser Beitragserhöhung sind uns nicht gemeldet worden. Auch die Erhöhung des Beitrages auf 40 Pf. Die Woche für Männer und auf 30 Pf. für Frauen, die vom Parteitag in Kassel beschlossen und im Bezirk Hannover-Braunschweig am 1. Januar 1921 eingeführt wurde, hat sich ohne besondere Schwierigkeiten durchgesetzt. Bei der letzten Beitragserhöhung wirkte allerdings fördernd die Wahlstimmung aus Anlaß der bevorstehenden Landtagswahlen mit.

Um die Beitragstaffierung durch wöchentliche Erhebung nicht zu erschweren, ist den Ortsvereinen gestattet, in größeren Zeiteabschnitten zu kassieren und dann die entsprechende Menge Wochenmarken zu verwenden. Im allgemeinen sich auf diese Art die monatliche Kassierung eingeführt. Es empfiehlt sich sehr, spätestens regelmäßig im Monat zu kassieren. Bleiben die Mitglieder mit den Beiträgen länger im Rückstande, dann besteht die dringende Gefahr, dass ihnen die Geldausgabe zu groß wird, und die Folge davon sind Austritte aus der Organisation.

(...)

Bezirk Hannover

SPD

Zukunft in Arbeit.



Tätigkeitsbericht des SPD-Bezirksvorstandes

Mitglieder des
Bezirksvor-
standes

Die Delegierten des Bezirksparteitages
wählten am 19. und 20. Juni 1999 in
Bad Nenndorf folgenden *Bezirksvor-*
stand:

Vorsitzender

Jüttner, Wolfgang*

stellv. Vorsitzende

Heidrun, Merk*

Watermann, Ulrich*

Schatzmeister

Kutzer, Wolf*

Weitere Mitglieder

Andretta, Dr. Gabriele*

Borcke von, Dr. Rüdiger

Brinkmann, Markus

Fahimi, Yasmin

Finke, Karl

Heims, Elke *

Hemme, Marie-Luise

Jagau, Hauke *

Lemme, Dr. Klaus-H. *

Lösekrug-Möller, Gabriele

Meinhold, Walter

Niehuis, Dr. Edith

Schley, Dr. Cornelius

Schostok, Stefan *

Somfleth, Brigitte

Waske, Stefanie

Watermann, Ulrich

Wiese, Heino

Wolff-Gebhardt, Ulrike

* = Mitglieder des geschäftsführenden
Bezirksvorstandes

In ihrer Funktion als leitende Bezirks-
geschäftsführer gehörten Heino Wiese
(bis zum 31. August 2000) und Stefan
Schostok (seit 1. Oktober 2000) dem
Bezirksvorstand als stimmberechtigtes
Mitglied an.

Ehren-Vorstandsmitglied (bis 31.12.2000)

von Oertzen, Peter

Mitglieder des
Vorstandes mit
beratender
Stimme

Zu den Sitzungen wurden mit *beratender Stimme* folgende GenossInnen eingela-
den

Parteiivorstand

Bulmahn, Edelgard (und Landesvor-
sitzende)

Schröder, Gerhard

Wettig-Danielmeier, Inge

Landesgeschäftsführer

Wiese, Heino

*Vertreter Unterbezirk Northeim-
Einbeck*

Schwarz, Uwe

*Vertreter Unterbezirk Uelzen/Lüchow-
Dannenberg*

Dehde, Klaus-Peter

Betriebsrat

Süsselbeck, Marga

AWO-Vertreter

Drewes, Otto

Landtagsfraktion

Plaue, Axel

Bundestagsfraktion

Struck, Peter

Europaabgeordneter

Lange, Bernd

Europaabgeordnete

Mann, Erika

ASF

Huxhold, Erika

AfA

Lenz, Günter

AGS/AGW

Kirch, Peter

AsJ

Schneider, Arne

ASG

Drabke, Wilhelm

60plus

Lindemann, Harald

DAG

Denia, Wolfgang

„Die Falken“

Bierbrauer, Andra (bis Februar 2001)

Dehmlow, Michael (seit März 2001)

Bundeswehr/SPD

Jantzen, Eckhard

JUSOS

Hoffmann, Matthias

UB-Diepholz/Region Nord/West

Kramer, Rolf

Geschäftsführer

Beckmann, Werner

Budemann, Johnfried

Bullerdiek, Bernd

Matterne, Christoph

Richa, Günter

Schell, Hansjörg

1921

Bericht des Bezirksvorstandes II.

Die Unterbezirke sind eine Einrichtung, die geschaffen wurde durch das allgemeine Organisationsstatut der Partei, wie es im Jahre 1919 in Weimar beschlossen wurde. Das Statut bestimmt, dass die Ortsvereine innerhalb eines Bezirksverbandes in zweckentsprechender Weise zu Unterbezirken zusammenzufassen seien. Diesem Gedanken folgte auch die 5. Provinzialversammlung zu Hannover. Sie beschloß, bei voller Durchführung der neuen Organisationsform, sieben Unterbezirke zu bilden, die durch je einen besoldeten Sekretär zu besetzen seien. Der Bezirksvorstand erhielt Auftrag, die Stellen auszuschreiben und die Anstellung geeigneter Genossen vorzunehmen. Das ist geschehen. Im Monat Januar 1920 nahmen die angestellten Genossen ihre Tätigkeit auf. Diese Einrichtung hat sich durchaus bewährt.

Nachstehende Unterbezirke wurden gebildet:

Unterbezirk Braunschweig: Sekretär Fritz Ohlendorf (Sämtliche Kreise im Freistaat Braunschweig.)

Unterbezirk Celle: Sekretär Hermann Wilke (Kreise: Celle, Uelzen, Isernhagen, Gifhorn, Soltau.)

Unterbezirk Göttingen: Sekretär Paul Lehmann (Kreise: Göttingen, Hann.=Münden, Uslar, Northeim, Einbeck, Osterode, Duderstadt, Alfeld.)

Unterbezirk Hannover: Sekretär Wilh. Marhenke (Kreise: Hannover, Linden, Burgdorf, Neustadt a. Rbg., Peine, Fallingb., Springe, Hameln.)

Unterbezirk Hildesheim: Sekretär Hermann Feller (Kreise: Hildesheim, Marienburg, Goslar, Zellerfeld, Alfeld, Gronau.)

Unterbezirk Lüneburg: Sekretär Markwardt (Kreise: Harburg, Winsen, Lüneburg, Bleckede, Dannenberg, Lüchow.)

Unterbezirk Nienburg: Sekretär Andreas Baumann (Kreise: Nienburg, Stolzenau, Sulingen, Diepholz, Hoya, Syke.)

Zum Unterbezirk Hannover gehörte nach den Beschlüssen der Provinzialversammlung auch der Ortsverein Hannover-Stadt. Im Laufe der Zeit ergaben sich aber eine Reihe Schwierigkeiten, die den Bezirksvorstand veranlaßten, zu beschließen, diesen sehr großen Ortsverein (rund 22 000 Mitglieder) aus dem Unterbezirk Hannover herauszunehmen und ihm die Rechte eines selbständigen Unterbezirks zu geben.

Der oben angeführte Unterbezirk wird jetzt als Hannover-Land bezeichnet, während der andere die Bezeichnung Hannover-Stadt führt. In letzterem ist Sekretär Joseph Schaffner.

Bezirk Hannover

SPD

Zukunft in Arbeit.



Tätigkeitsbericht des SPD-Bezirksvorstandes

Themen in den
Sitzungen
1999

16. und 17. Juli 1999

- Bericht aus der Klausurtagung des SPD-Landesvorstandes
- Politische Lage
- Kooptierung
- Wahl des geschäftsführenden Vorstands
- Terminplanung
- Besetzung der Kommissionen
- Arbeitsgruppen aufgr. von Beschlüssen des Bezirksparteitages
 - Gleichstellungskommission
 - Finanzkommission
 - Tarifkommission
 - Bildungskommission
 - Kommunalpolitischer Arbeitskreis
 - Schulpolitische Kommission
 - SPD und Kirche
 - SPD und Bundeswehr
 - AK Rechtsextremismus/AG verfolgter Sozialdemokraten (AvS)
 - Tierschutz
 - Internationale Politik
 - Hochschulpolitik
 - Behinderte
 - Verwaltungsreform

22. September 1999

- Aktuelle Politische Situation
- Informationen des Vorsitzenden der SPD-Landtagsfraktion
- Zusammenwirken der Landtagsfraktion mit der Partei
- Vorbereitung des „Kleinen Landesparteitages“
- Vorbereitung des Bundesparteitages

2. Oktober 1999

- Beratung und Verabschiedung der vom Bezirksparteitag
- überwiesenen Anträge nach der Empfehlung des Bezirksrates

- Vorbereitung des Bundesparteitages
 - Anträge zu den vorgeschlagenen Statutenänderungen
 - Anträge
 - Besetzung der Antragskommission
 - Delegationsleitung
 - Vorbesprechung der Delegierten
 - Personalvorschläge

6. November 1999

- Bericht aus dem geschäftsführenden Vorstand
- Kontroverse Studiengebühren
- Veranstaltungen

27. November 1999

- Aktuelle Situation
- Bericht aus den Arbeitsgruppen des Bezirksvorstandes
- Arbeitsplanung für das Jahr 2000

10. Dezember 1999

- Wahl des Vorsitzenden der SPD-Fraktion

17. Dezember 1999

- Nachbereitung Bundesparteitag
- Situation in Niedersachsen
- Neuordnung der Sonderbeiträge
- Termine 2000

22. Januar 2000

- Problem Jungsozialisten
- Berichte und Konzepte aus den Kommissionen und Arbeitskreisen
- Inhaltliche und organisatorische Arbeitsplanung
- Reisekosten und Aufwandsentschädigung

19. Februar 2000

- Auswertung Bezirksbeirat
- Bericht aus dem Landesvorstand
- Frauen und Bundeswehr
- Gleichstellung
- Bericht aus AvS/AK Gegen Rechtsextremismus
 - Gewaltprävention bei Jugendlichen
 - LZ. f. Politische Bildung
- Haushalt 2000
- Bericht Umbau, Gastronomie
- Termin a. o. Bezirksparteitag

11. März 2000

- Politische Lage
- Schulpolitische Situation in Niedersachsen
- AsG stellt sich vor
- Kommunalwahl
- Parteienfinanzierung

8. April 2000

- Behinderten Politik
- Information über Jusos (Bezirk)
- Wahlkreisverteilung in Niedersachsen (Bundestagswahlkreise)
- Veranstaltungsplanung
- Zur Situation zur Orientierungsstufe

13. Mai 2000

- Aktuelle Politische Situation
- Landesparteitag am 23. September 2000 in Braunschweig
 - Antragsschluss 24. Juni 2000
 - Benennungen für die Kommissionen
 - 2 Mitglieder Antragskommission
 - 2 Mitglieder Wahlkommission
 - 1 Mitglied Mandatsprüfungs- u. Wahlkommission

- Benennung von 2 Vorstandsmitgliedern, die mit beratender Stimme teilnehmen
- Benennung eines Mitgliedes für die Grundsatz-Programmkommission beim Parteivorstand
- Bericht der Organisationskommission
- Jungsozialisten

8. Juli 2000

- Politische Lage
- Ergebnisse der Beratungen im Bezirksbeirat
- Terminänderung Bezirksparteitag 2001 in Göttingen
- Bericht der Gleichstellungskommission
- Anträge für den Landesparteitag am 23. September 2000

25./26. August 2000

- Vorstellung der Bewerber um die Stelle eines/er lfd. Bezirksgeschäftsführers/in
- Wahl eines/er lfd. Bezirksgeschäftsführers/in
- Mitgliederwerbeaktion – Vorstellung der Materialien
- Vorbereitung des außerordentlichen Bezirksparteitages
- Einberufung des a. o. Bezirksparteitages
- Organisationsreform – Finanzen
- Satzungsänderungen
- Kommunalpolitische Richtlinien für die Tätigkeit der SPD-Fraktion
- Demokratie braucht Partei – Die Chance der SPD
- Planung der Arbeit bis zum ordentlichen Bezirksparteitag am 23./24. Juni 2001

Themen in den Sitzungen
2000

Bezirk Hannover

SPD

Zukunft in Arbeit.



Tätigkeitsbericht des SPD-Bezirksvorstandes

Themen in den
Sitzungen
2000 und
2001

22. September 2000

- Genehmigung des Beschlussprotokolls der Vorstandssitzung vom 25./26. August 2000
- Aktuelle politische Lage
- Vorbereitung des a. o. Bezirksparteitages am 20. Januar 2001 in Hannover
- Einberufung des Parteitages nach § 8 (2) des Bezirksstatuts durch Veröffentlichung im Vorwärts
- Vorschläge zur Änderung des Bezirksstatuts
- Anträge zur Parteiarbeit und Organisation
- Richtlinien des SPD-Bezirks Hannover für die Tätigkeit der SPD-Fraktionen in Gemeinden und Landkreisen (kreisfreien Städten)
- Schulstruktur in Niedersachsen
- Bericht der Gleichstellungskommission
- Vorbereitung der Sitzung des Bezirksbeirates am 14. Oktober 2000
- Benennung der zwei Sitzungsvertreter für die mündliche Verhandlung im Parteiordnungsverfahren (§11 (1) der Schiedsordnung)

14. Oktober 2000

- Halbzeitbilanz der Jungsozialisten im SPD-Bezirk Hannover
- Ergebnisse der Sitzung des Bezirksbeirates
- Anträge für den a.o. Bezirksparteitag

24. November 2000

- Politische Lage
- Vorbereitung Bezirksparteitag 20. Januar 2001
- Beschluss Qualifizierung der Hauptamtlichen durch Parteivorstand und Bezirk
- Vorbereitung Politische Planung 2001
- Nachwahl für den gf. Bezirksvorstand
- Planung zum Kommunalwahlkampf
- Brief und Info des Bezirksvorstandes zur Listenaufstellung/Gleichstellung

9. Dezember 2000

- Vorbereitung a.o. Parteitag
- Planung politische Arbeit 2001
- BSE und Landwirtschaftspolitik
- Wahlkreiseinteilung Harburg

20. Januar 2001

- Vorbereitung a. o. Parteitag
- Jahresplanung Vorstand

23. Februar 2001

- Zukunft der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di
- Positionsfindung zur Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes
- Haushalt
- Politische Planung 2001
- Einrichtung einer Antragsgruppe Nachhaltigkeit für den o. Bezirksparteitag

16. März 2001

- Bildung-/Schulpolitische Diskussion
- Stand Vorbereitung Kommunalwahl Niedersachsen
- Projekt Parteireform – Ausschreibung an die UB
- Einrichtung der Antragsgruppe „Nachhaltigkeit“
- Antrag des AK Tierschutz (Hundeverordnung/Bundesgesetz)
- Vorbereitung o. Bezirksparteitag 2001
- Vorbereitung Kommunalwahlkampf 2001
 - Internetkonzeption, Veranstaltungen etc.
- Arbeit der JUSOS
 - Zusammenarbeit von SPD und Jugendinitiative

21. April 2001

- Perspektive der Gewerkschaft ver.di im Dienstleistungssektor
- Regelung Sonderbeiträge
- Vorbereitung Bezirksparteitag
 - Ablauf des Parteitages
 - Anträge
 - Personalvorschläge
- Regelung Sonderbeiträge

18. Mai 2001

1921

Agitation I.

Vom Bezirksvorstande bzw. vom Parteisekretariat wurde zu verschiedenen Malen in Rundschreiben an die Ortsvereine – die regelmäßig auch den Kreisvorständen und Unterbezirksvorständen zugeschickt werden – auf die dringend notwendige Agitation in den Kreisen der Arbeiter hingewiesen. Ein besonderes Flugblatt mit anhängendem Aufnahmeschein wurde in großen Massen für diese Arbeit herausgegeben. Außerdem wurde in allen Wahlflugblättern auf die Notwendigkeit ständiger Agitation hingewiesen.

Erschwerend wirkte bei der Agitation für die Parteiorganisation die leider noch anhaltende Zersplitterung der

Arbeiterbewegung. Große Massen von Arbeitern wurden durch die wüste Agitation, die besonders von ganz links im Kampfe gegen uns beliebt wird, derartig in Gewissenskonflikte gebracht, dass sie oftmals vorzogen, sich keiner politischen Partei zuzurechnen, wie einer der sozialistischen Parteien, die sich so stark untereinander bekämpfen. Nachdem auf dem Parteitag der Unabhängigen Halle im Jahre 1920 eine neue Spaltung eintrat und in Erfolg dieser Sache ein großer Teil bisher Unabhängiger zur Kommunistischen Partei übergingen, haben manche früher abgesplitterte Genossen den Weg zu unserer Partei zurückgefunden.

Einigkeit macht stark!

Darum hinein in die Sozialdemokratische Partei=Organisation!

Werbt unausgesetzt neue Mitglieder!

Bezirk Hannover

SPD

Zukunft in Arbeit.



Tätigkeitsbericht des SPD-Bezirksvorstandes

Teilnahme an
den Sitzungen
des Vorstandes

Name	Wohnort	Anzahl der Sitzungen (21)
Andretta , Gabi	Göttingen	17
Brinkmann , Markus	Hildesheim	17
Borcke von , Rüdiger	Bergen	19
Fahimi , Yasmin	Hannover	14
Finke , Karl	Hannover	17
Heims , Elke	Nordstemmen	17
Hemme , Marie-Luise	Nienburg	16
Jagau , Hauke	Laatzen	20
Jüttner , Wolfgang	Hannover	20
Kutzer , Wolf	Lehrte	17
Lösekrug-Möller , Gabriele	Hameln	15
Lemme , Klaus	Stadthagen	11
Meinhold , Walter	Hannover	18
Merk , Heidi	Hannover	12
Niehuis , Edith	Nörten-Hardenberg	11
Schley , Cornelius	Göttingen	13
Schostok , Stefan	Isernhagen	21
Somfleth , Brigitte	Seevetal	15
Waske , Stefanie	Boffzen	15
Watermann , Ulrich	Bad Pyrmont	17
Wiese , Heino	Hannover	11*
Wolff-Gebhardt , Ulrike	Lüneburg	12

* = Teilnahme bis 25. August 2000

Die Arbeit des Bezirksbeirates

Der Bezirksbeirat setzt sich aus Mitgliedern der Unterbezirksvorstände, die von den Unterbezirksparteitagen in geheimer Abstimmung gewählt werden, sowie den Mitgliedern des Bezirksvorstandes zusammen. Nach dem Statut muss der Bezirksbeirat mindestens zweimal im Jahr einberufen werden. Er ist anzuhören vor Beschlüssen des Bezirksvorstandes über grundlegende politische Fragen und die Vorbereitung von Europa-, Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen. Diese Aufgaben hat der Bezirksbeirat wahrgenommen, ihm gehören z. Zt. an:

Unterbezirk Celle

Wallat, Wolf
Meyer, Rolf
Haut, Regina

Unterbezirk Diepholz

Sonntag, Angelika
Jacke, Hans-Joachim
Beyer, Sabine

Unterbezirk Göttingen

Albrecht-Engel, Ines
Rummelsberger, Hans
Wucherpfeffnig, Edeltraud

Unterbezirk Hameln-Pyrmont

Baum-Schuba, Elke
Palmer, W.-James
Heine, Jörg

Unterbezirk Hannover-Land

Aller, Heinrich
Hoffmann-Pilgrim, Christel
Thiele, Ulrike

Unterbezirk Hannover-Stadt

Welle, Christian
Brauer, Klaus
Beckmann, Karin
Leuschner, Sigrid

Unterbezirk LK Harburg

Feindt, Klaus-Dieter
Mahncke, Sabine
Forche, Petra

Unterbezirk Hildesheim

Herbeck, Sebastian
Wieduwilt, Sven Björn
Löffler, Lothar
Wille, Ursula

Unterbezirk Holzminden

Müller, Ingeborg
Voss, Hans-Jörg
Wolf, Ernst-August

Unterbezirk Lüneburg

Gründel, Achim
Tauss, Margitta
Inselmann, Uwe

Unterbezirk Nienburg

Tonne-Jork, Elke
Prüfer, Horst
König-Meyer, Barbara

Unterbezirk Northeim-Einbeck

Baumgarten, Klarissa
Schmiedel, Bernd
Schwarz, Uwe

Unterbezirk Schaumburg

Bartling, Heiner
Hoppe-Deter, Erika
Gellermann, Kai Uwe

Unterbezirk Uelzen/Lüchow-Dannenberg

Süsselbeck, Marga
Dehde, Klaus-Peter
Müller, Marianne

Unterbezirke
im Beirat

Bezirk Hannover

SPD

Zukunft in Arbeit.



Die Arbeit des Bezirksbeirates

RevisorInnen

Bürmann, Arno
Friedrichs, Heidi
Traupe, Paul

GeschäftsführerInnen

Kühne, Hans-Georg (Unterbezirke Hannover-Land/Stadt)
Strecker, Monika (Unterbezirk Landkreis Harburg)
Voss, Hans-Jörg (Unterbezirk Holzminden)
Schmidt, Grit (Unterbezirk Schaumburg)
Süsselbeck, Marga (Unterbezirk Uelzen/Lüchow-Dannenberg)

Mit beratender Stimme nehmen an der Sitzungen des Bezirksbeirates teil:

- die Geschäftsführer/innen des Bezirkes und der Unterbezirke, soweit sie nicht gewählte Vertreter/innen der Unterbezirke sind
- die Revisoren/innen
- die Vorsitzenden der Bezirksarbeitsgemeinschaften
- die Fachreferent/innen des Bezirkes
- ein(e) Vertreter(in) des Bezirksvorstandes

Themen der Sitzungen

Im Berichtszeitraum (September 1999 bis Oktober 2000) fanden folgende Sitzungen statt:

2. Oktober 1999

- Bericht zur Lage
- Empfehlung des Bezirksbeirates über die vom Bezirksparteitag nicht behandelten und an den Bezirksvorstand und Bezirksbeirat überwiesenen Anträge (§ 16, Abs. 2 Bezirksstatut)
- Vorbereitung des Bundesparteitages
- Programm- und Strukturdiskussion im Bezirk Hannover
- Veranstaltungen in den Unterbezirken
- Überarbeitung der Kommunalpolitischen Richtlinien
- Finanzen der Kommunen

19. Februar 2000

- Bericht zur Lage
- Vorbereitung der Kommunalwahl 2001
 - Kommunalpolitische Leitsätze
 - Richtlinien für die Aufstellung von KandidatInnen zu den Kommunalwahlen Gleichstellung und Quotierung

8. Juli 2000

- Mitgliederwerbekampagne
- Organisationsreform (Satzungsänderung für den a.o. Bezirksparteitag am 20. Januar 2001 in Hannover)
- Vorbereitung der Kommunalwahl 2001
 - Kommunalpolitische Leitlinien
 - Richtlinien für die Aufstellung von Kandidatinnen und Kandidaten zu den Kommunalwahlen im SPD-Bezirk Hannover
- Zukunft der Orientierungsstufe

- Veranstaltung mit dem Ministerpräsidenten Sigmar Gabriel
- Landesparteitag am 23. September 2000
- Richtlinien des SPD-Bezirks Hannover für die Tätigkeiten der kommunalen SPD-Fraktionen
- Das Konzept „Neue Mitte“ und gesellschaftspolitische Entwicklung

14. Oktober 2000

- Aktuelle Politische Situation
- Bericht über den Landesparteitag
- Vorbereitung des a.o. Bezirksparteitag am 20. Januar 2001 in Hannover
 - Einberufung des Parteitages
 - Vorschläge zur Änderung des Bezirksstatuts
 - Anträge zur Parteiarbeit und Organisation

18. Mai 2001

- Termine bis Mitte 2003
- Vorbereitung Bezirksparteitag
 - Anträge
 - Nachhaltigkeit
 - Schulpolitik
 - Hochschulpolitik
- Regelung der Sonderbeiträge

1921

Agitation II.

Ein sehr interessantes Beispiel liefert zirk Braunschweig. Bekanntlich waren im Freistaat Braunschweig die unabhängige und die kommunistische Bewegung sehr stark geworden, während unsere Partei fast vollständig zusammengebrochen war. Nur sehr langsam ging die Erholung unserer Parteiorganisation vonstatten. Immerhin sieht man jetzt Erfolg versprechende Ansätze zur Besserung. Als Braunschweig im Januar 1920 zu unserem Bezirk kam, war es langsam gelungen, 67 Ortsvereine zu gründen, von denen insgesamt eine Mitgliederzahl von 4344 angegeben wurde. Bis Ende März 1921 stieg die Zahl der Ortsvereine in Braunschweig auf 103 und die Mitgliederzahl auf 5244. Erscheint die Steigerungszahl bei den Mitgliedern auch nicht sehr hoch, so darf man doch nicht vergessen, dass

zu Beginn unserer Berichtsperiode in allen Ortsvereinen noch nicht erhebliche Mengen „Papiersoldaten“ als Mitglieder geführt wurden. Das trifft besonders auch in Braunschweig zu, wie man leicht aus einem Vergleich der verkauften Marken ersehen kann. Im ersten Vierteljahr der oben angegebenen Berichtszeit wurden im Unterbezirk Braunschweig 42 651 Wochenbeiträge geleistet. Das ist verglichen mit der angegebenen Mitgliederzahl, nur eine Beitragsleistung von 9,82 pro Vierteljahr und Mitglied. Also sehr niedrig. Im letzten Vierteljahr der Berichtsperiode wurde aber 70 723 Wochenbeiträge oder 13,4 pro Mitglied und Vierteljahr gezahlt. Die Angabe der Mitgliederzahl ist also am Schlusse der Berichtszeit sehr viel vorsichtiger erfolgt als am Anfang, und demnach

Durch Kampf zum Sieg!

Der politische Kampf kostet heute mehr als je Geld – und nochmals Geld.

**Sorge jeder Genosse und jede Genossin sich um die finanzielle Kraft der Partei!
Stärkt unsere Kassen!**

ist die tatsächliche Steigerung der Mitgliederzahl größer als oben angegeben.

Bezirk Hannover

SPD

Zukunft in Arbeit.



Schiedskommission

Bearbeitung
von zwei
Partei-
ordnungs-
verfahren

Im Jahr 2000 waren zwei Parteiordnungsverfahren zu bearbeiten, die miteinander im Zusammenhang standen und deshalb auch gemeinsam verhandelt werden konnten.

Vor Einleitung dieser beiden Verfahren war vom Bezirksvorstand eine **Untersuchungs- und Feststellungskommission** gemäß § 33 Organisationsstatut eingesetzt worden, die im Frühjahr 2000 mehrfach getagt und einen schriftlichen Bericht vom 4. Juli 2000 zu den gesamten Vorfällen ausgearbeitet hatte. Der Bezirksvorstand verfügte auf der Grundlage des Berichts dieser Kommission **Sofortmaßnahmen** gemäß § 18 Schiedsordnung und beantragte Anfang September 2000 zugleich beim Vorsitzenden der Schiedskommission die Durchführung von zwei **Parteiordnungsverfahren**.

Es fand hierauf zunächst am 19. September 2000 eine Sitzung der zuständigen Schiedskommission statt, in der die Sofortmaßnahmen aufrecht erhalten wurden, und anschließend eine mehrstündige mündliche Verhandlung mit Beweisaufnahme (Zeugenvernehmungen) am 7. Oktober 2000 in Hannover. An diesem Tage wurden auch die beiden Entscheidungen der Schiedskommission verkündet, die dann – schriftlich ausgearbeitet – den Verfahrensbeteiligten sowie den betroffenen Parteigliederungen im Oktober förmlich zugestellt wurden.

Die Schiedskommission sprach in dem einen Fall – unter Aufrechterhaltung der vom Bezirksvorstand angeordneten Sofortmaßnahme – ein Ruhen der Mitgliedschaftsrechte für vier Monate aus und in dem anderen Fall – ebenfalls unter Aufrechterhaltung der verfügten Sofortmaßnahme – ein Ruhen der Mitgliedschaftsrechte für sechs Monate. Die Schiedskommission folgte damit allerdings nicht den Anträgen des Bezirksvorstandes, der ein Ruhen der Mitgliedschaftsrechte jeweils für ein Jahr beantragt hatte.

Gegen beide Entscheidungen wurde ein Rechtsmittel bei der Bundesschiedskommission in Berlin nicht eingelegt.

Der Vorsitzende

Jürgen Dietze

Gleichstellungskommission

In der Gleichstellungskommission arbeiten sechs Genossinnen und Genossen. Vom Bezirksvorstand wurden benannt: **Schostok**, Stefan
von Borcke, Rüdiger
Watermann, Ulrich

von der ASF benannt: **Hepper**, Godula
Jütte, Marlo
Menzel, Birgit
Schmidt, Grit (Geschäftsführerin)

Mitglieder

Unsere Aktivitäten folgten den im letzten Arbeitsbericht formulierten Aufträgen:

1.

Dem geschäftsführenden Bezirksvorstand wurden die spezifischen Probleme in der Umsetzung der innerparteilichen Gleichstellungsarbeit aus Sicht der Kommission vorgestellt.

Zur Vorbereitung der Kommunalwahl 2001 thematisierte daraufhin die Gleichstellungskommission in der Beiratssitzung am 19. Februar 2000 die 1999 ergänzten Richtlinien zur Aufstellung von KandidatInnen im Bezirk Hannover und stellte Ansätze zur Mobilisierung von Frauen in der Parteiarbeit zur Diskussion.

Geplant ist seitens des Bezirksvorstandes, die Mitgliederwerbekampagne um einen frauenspezifischen Aspekt zu erweitern.

Verknüpfung zwischen Gleichstellungskommission und Bezirksvorstand

2.

Im Rahmen der kommunalpolitischen Konferenzen im Bezirk Hannover war die Gleichstellungskommission mit einem Beitrag angefragt und präsent im

- Unterbezirk Hannover-Land am 15. Mai 2000
- Unterbezirk Hannover-Stadt am 26. Juni 2000
- Unterbezirk Nienburg am 5. Oktober 2000

Besucht wurde außerdem die ASF Hannover-Stadt zum Thema „Arbeitsmöglichkeiten von Gleichstellungskommissionen“ sowie die ASF im Unterbezirk Diepholz.

Beteiligt waren wir ebenfalls an der Regionalkonferenz am 9. September 2000 in Hildesheim.

Unterbezirksvorstände und ASF-Gliederungen wurden von der Gleichstellungskommission mit der Veranstaltung „Quotierung – Listen – innerparteiliche Gleichstellungsarbeit“ am 20. Februar 2001 eingeladen, über Sachstand und Perspektiven vor Ort zu diskutieren.

Der von der Gleichstellungskommission herausgegebene „Wegweiser Quote“ gewährleistet einen schnellen und vollständigen Blick auf alle entsprechenden Satzungsbestimmungen (Grit Schmidt an dieser Stelle Dank für die Umsetzung!).

Neben Fragen, die sich aktuell um die Listen zu den Kreistagen drehen, planen wir derzeit eine Strategiediskussion „Umsetzung von Gender Mainstreaming in der Parteiarbeit“, um für die inhaltliche Arbeit in den Gliederungen ganzheitliche Ansätze zu entwickeln. Weiter werden wir die Kooperation mit den Gleichstellungskommissionen aller Bezirke auf Landesebene anstreben.

Information – Sensibilisierung

Bezirk Hannover

SPD

Zukunft in Arbeit.



Beteiligung der Frauen an der Parteiarbeit

	Gesamt	davon Frauen	%
Bezirksvorstand	20	10	50,00
Bezirksbeirat (ohne Vorstand)	45	23	51,11
MdL	37	8	21,62
MdB	16	7	43,75
MdEP	2	1	50,00
Seminarbeteiligung	Männer	Frauen	
Seminare April 1999 / März 2001	58,7 %	41,3 %	
UB Celle	Gesamt	davon Frauen	
Mitglieder	1396	425	30,44
UB-Vorstandsmitglieder	14	7	50,00
Ortsvereinsvorsitzende	23	6	26,09
OV-Vorstandsmitglieder	198	70	35,35
Kreistagsmitglieder	19	6	31,58
Ratsmitglieder	135	37	27,41
UB Diepholz	Gesamt	davon Frauen	
Mitglieder	1599	426	26,64
UB-Vorstandsmitglieder	13	5	38,46
Ortsvereinsvorsitzende	15	3	20,00
OV-Vorstandsmitglieder	156	51	32,69
Kreistagsmitglieder	24	3	12,50
Ratsmitglieder	176	44	25,00
UB Göttingen	Gesamt	davon Frauen	
Mitglieder	3117	788	25,28
UB-Vorstandsmitglieder	28	9	32,14
Ortsvereinsvorsitzende	21	3	14,29
OV-Vorstandsmitglieder	172	52	30,23
Kreistagsmitglieder	23	8	34,78
Ratsmitglieder	489	105	21,47
UB Hameln-Pyrmont	Gesamt	davon Frauen	
Mitglieder	2662	693	26,03
UB-Vorstandsmitglieder	25	11	44,00
OV-Vorstandsmitglieder	453	115	25,39
Kreistagsmitglieder	25	7	28,00
Ratsmitglieder	115	21	18,26

UB Hannover-Land	Gesamt	davon Frauen	
Mitglieder	8021	2496	31,12
UB-Vorstandsmitglieder	26	12	46,15
Ortsvereinsvorsitzende	91	25	27,47
OV-Vorstandsmitglieder	620	181	29,19
Kreistagsmitglieder	28	10	35,71
Ratsmitglieder	282	84	29,79
UB Hannover-Stadt	Gesamt	davon Frauen	
Mitglieder	5429	1954	35,99
UB-Vorstandsmitglieder	24	11	45,83
Ortsvereinsvorsitzende	25	6	24,00
OV-Vorstandsmitglieder	287	101	35,19
Ratsmitglieder	26	9	34,62
Bezirksratsmitglieder	103	37	35,92
UB LK Harburg	Gesamt	davon Frauen	
Mitglieder	1539	488	31,71
UB-Vorstandsmitglieder	12	6	50,00
Ortsvereinsvorsitzende	12	2	16,67
OV-Vorstandsmitglieder	124	45	36,29
Kreistagsmitglieder	18	8	44,44
Ratsmitglieder	196	53	27,04
UB Hildesheim	Gesamt	davon Frauen	
Mitglieder	5231	1319	25,22
UB-Vorstandsmitglieder	40	17	42,50
Ortsvereinsvorsitzende	106	18	16,98
OV-Vorstandsmitglieder	1118	319	28,53
Kreistagsmitglieder	30	9	30,00
Ratsmitglieder	459	176	38,34
UB Holzminden	Gesamt	davon Frauen	
Mitglieder	1992	431	21,64
UB-Vorstandsmitglieder	13	5	38,46
Ortsvereinsvorsitzende	38	6	15,79
OV-Vorstandsmitglieder	288	78	27,08
Kreistagsmitglieder	21	4	19,05
Ratsmitglieder	190	41	21,58



Beteiligung der Frauen an der Parteiarbeit

UB Lüneburg	Gesamt	davon Frauen	
Mitglieder	1424	434	30,48
UB-Vorstandsmitglieder	11	6	54,55
Ortsvereinsvorsitzende	11	2	18,18
OV-Vorstandsmitglieder	101	38	37,62
Kreistagsmitglieder	20	5	25,00
Ratsmitglieder	164	37	22,56
UB Nienburg	Gesamt	davon Frauen	
Mitglieder	1316	350	26,60
UB-Vorstandsmitglieder	15	4	26,67
Ortsvereinsvorsitzende	12	4	33,33
OV-Vorstandsmitglieder	101	20	19,80
Kreistagsmitglieder	18	4	22,22
Ratsmitglieder	190	93	48,95
UB Northeim-Einbeck	Gesamt	davon Frauen	
Mitglieder	3187	740	23,22
UB-Vorstandsmitglieder	24	12	50,00
Ortsvereinsvorsitzende	78	13	16,67
OV-Vorstandsmitglieder	578	129	22,32
Kreistagsmitglieder	26	3	11,54
Ratsmitglieder	151	28	18,54
UB Schaumburg	Gesamt	davon Frauen	
Mitglieder	3121	732	23,45
UB-Vorstandsmitglieder	20	9	45,00
Ortsvereinsvorsitzende	69	10	14,49
OV-Vorstandsmitglieder	283	63	22,26
Kreistagsmitglieder	26	6	23,08
Ratsmitglieder	365	62	16,99
UB Uelzen/Lüchow-Dannenberg	Gesamt	davon Frauen	
Mitglieder	1314	383	29,15
UB-Vorstandsmitglieder	14	6	42,86
Ortsvereinsvorsitzende	17	6	35,29
OV-Vorstandsmitglieder	161	40	24,84
Kreistagsmitglieder	28	3	10,71
Ratsmitglieder	214	43	20,09

Nach der Revolution und der beginnenden Erstarkung der Parteiorganisation machte sich vielerorts der Wunsch bemerkbar, für das Gebiet der engeren Heimat ein eigenes Parteiorgan zu haben. Es ist denn auch in unserem Bezirke zu mehreren Neugründungen von Parteizeitungen gekommen. Nicht immer sind die finanziellen Schwierigkeiten eines solchen Unternehmens sofort genügend beachtet worden. Arbeitseifer und Opferwilligkeit der beteiligten Parteigenossen haben aber im allge-

meinen die aufkommenden Schwierigkeiten besiegt. Da die Verhältnisse im Zeitungswesen aber immer schwieriger werden, soll nicht unterlassen werden, auch an dieser Stelle zur größten Vorsicht bei etwa noch geplanten Neugründungen zu machen. Zur Zeit haben wir in unserem Bezirke – nach der Größe des Abonnentenstandes geordnet – folgende Parteizeitungen:

„Volkswille“ (Hannover),
„Volksblatt“ (Harburg),

„Volksblatt“ (Hildesheim),

„Volksblatt“ (Göttingen),

„Niedersächsische Volkstimme“ (Harmeln),

„Volksfreund“ (Braunschweig),

„Oberweser=Volkszeitung“ (Holzminden),

„Harzer Volkszeitung“ (Goslar),

„Volksblatt“ (Lüneburg),

„Niedersächsischer Volksbote“ (Syke).

Der Bezirk zählte nach dem Bericht, der dem letzten Bezirksparteitag gegeben wurde, am 1. April 1919 401 Ortsvereine. In den zwei Jahren der jetzigen Berichtszeit – bis 31.

März 1921 – stieg die Zahl der Ortsvereine um 359 auf 760. Wie die einzelnen Unterbezirke an dieser Veränderung beteiligt sind, lässt sich nicht ganz genau feststellen, weil zu

Beginn der Berichtsperiode die Unterbezirkseinteilung noch nicht bestand. Seit Bestehen der Unterbezirke ergibt sich aber folgendes Bild bezüglich der Ortsvereine:

Unterbezirk	1. Januar 1920	31. März 1921	Zunahme
Hannover	160	215	55
Hildesheim	137	158	21
Göttingen	118	138	20
Braunschweig	67	103	36
Celle	49	52	3
Lüneburg	43	52	9
Nienburg	33	42	9

Bei Beurteilung dieser Zahlen muß man natürlich die Eigenart der einzelnen Unterbezirke berücksichtigen. In industriellen Gegenden wird man im allgemeinen natürlich unsere Bewe-

gung schneller vorwärts bringen können als in rein ländlichen Gegenden. Auch die scheinbar weniger erfolgreiche Tätigkeit der Genossen in den abgelegten Bezirken verdient

volle Anerkennung. Das, was hier für die Ortsvereine gesagt ist, gilt natürlich in ähnlicher Art auch für die eigentliche Mitgliederbewegung

Bezirk Hannover

SPD

Zukunft in Arbeit.



Finanzbericht für die Jahre 1999 und 2000

Hauptamtliche
Präsenz in der
Fläche gesi-
chert

Die im Rechenschaftsbericht 1999 angekündigte Konsolidierung der Finanzen des Bezirks konnte in den letzten zwei Jahren erreicht werden; der Bezirk ist heute praktisch schuldenfrei. Ursache hierfür ist nicht zuletzt eine strenge Ausgaben- disziplin. Dennoch hat der Bezirk seine politischen Aufgaben finanziert; auch konnte die hauptamtliche Präsenz durch die Büros in der Fläche gesichert werden. Die Umstrukturierung in der Aufgabenteilung zwischen den Service-Centern in den Unterbezirken und der Projektarbeit im Bezirk entsprechend der Betriebsvereinbarung aus 1995 wird sicher in der nächsten Periode abgeschlossen.

Beteiligung der
Unterbezirke
am Beitrags-
aufkommen

Auf Antrag des Bezirksvorstandes hat der Bezirksparteitag am 20. Januar 2001 beschlossen, erstmals die Unterbezirke am Beitragsaufkommen zu beteiligen. Ferner erhält künftig jeder Unterbezirk einen jährlichen Organisationszuschuss von DM 3.000,- je Unterbezirk und von DM 1.000,- je Landtagswahlkreis. Insgesamt werden ca. DM 150.000,- jährlich vom Bezirk auf die Unterbezirke verlagert. Dieses schlägt sich naturgemäß in der nach wie vor angespannten Finanzsituation des Bezirks nieder. Nach der mittelfristigen Finanzplanung könnte sich ab 2003 ein strukturelles Defizit ergeben. Wegen der hohen Fixkosten im Bezirk (Personal, Verwaltung) und des hohen Anteils der Mitgliedsbeiträge an den Einnahmen ist nach der erfolgten Umstrukturierung der Handlungsspielraum nur sehr gering. Auch wenn wir bezüglich der Entwicklung der Einnahmen aus Mitgliedsbeiträgen berücksichtigt haben, dass ab 2001 eine Dynamisierung in der Beitragshöhe eintritt und unsere Mitgliederwerbung Erfolg zeigt, macht es uns zu schaffen, dass wir im mehrjährigen Durchschnitt mehr als 1,5 % unserer Mitglieder im Jahr verlieren.

Auch die staatlichen Mittel nach dem Parteiengesetz (der Bezirk erhält seinen Anteil über den parteiinternen Finanzausgleich) variieren nach dem politischen Erfolg. Dieses gilt auch für die Sonderbeiträge, die besonders auch für die örtliche Arbeit von hoher Bedeutung sind. Der Bezirksvorstand wird in der nächsten Periode in enger Abstimmung mit dem Bezirksbeirat und den Unterbezirken den Pfad der aufgabenbezogenen aber sparsamen Haushaltsführung fortsetzen müssen.

Wolf Kutzer

Verantwortlicher für das Finanzwesen

Werner Beckmann

Geschäftsführer Finanzen

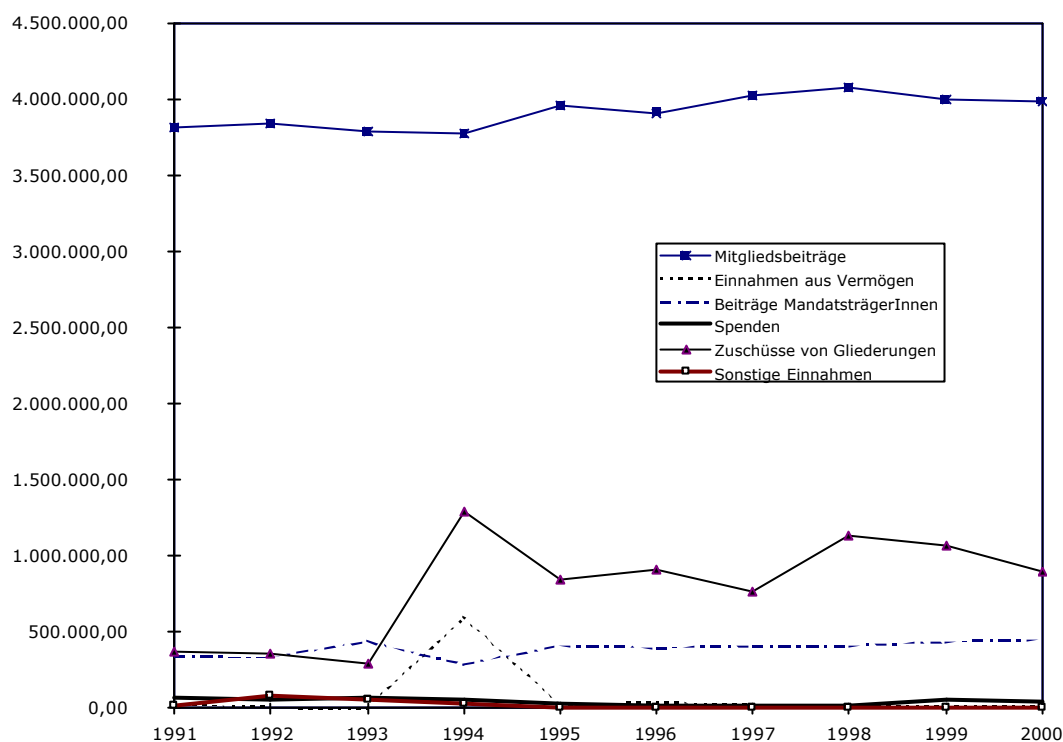
Einnahmen

Ausgaben

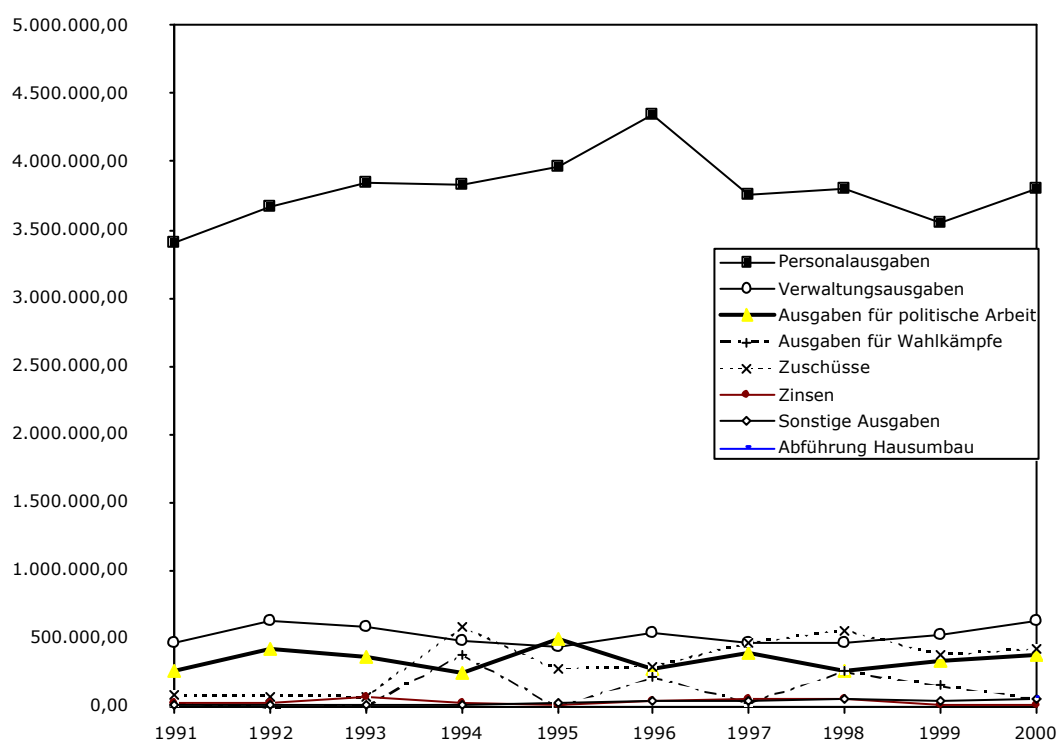
Vergleich der Einnahmen und Ausgaben



Entwicklung
der Einnahmen



Entwicklung
der Ausgaben



Haushalt 1999 / Haushalt 2000

	Haushalt 1999 Nachtrag	Ergebnis 1999	Haushalt 2000 Nachtrag*	Ergebnis 2000	Einnahmen
Anteil Mitgliedsbeiträge	4.050.000,00	3.999.963,78	3.900.000,00	3.993.188,82	
Beiträge von Mandatsträgern	410.000,00	435.730,00	442.350,00	450.920,00	
Einnahmen aus Vermögen	3.000,00	15.711,90	10.000,00	17.063,51	
Spenden	10.000,00	59.271,88	50.000,00	41.078,10	
Zuschüsse von Gliederungen und aus Staatlichen Mitteln	1.020.384,00	1.072.855,00	904.422,00	903.817,50	
Sonstige Einnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	
Gesamt	5.493.384,00	5.583.532,56	5.306.772,00	5.406.067,93	

	Haushalt 1999 Nachtrag	Ergebnis 1999	Haushalt 2000 Nachtrag*	Ergebnis 2000	Ausgaben
Personalausgaben	3.675.000,00	3.557.162,90	3.702.000,00	3.795.856,67	
Verwaltungsausgaben	485.000,00	522.096,39	578.000,00	632.501,89	
Politische Arbeit	351.000,00	343.491,64	383.000,00	383.084,02	
Wahlen	151.000,00	156.707,17	70.000,00	57.987,71	
Zuschüsse an Gliederungen	436.691,00	380.178,00	396.691,00	430.171,00	
Zinsen	30.000,00	24.739,19	15.000,00	11.082,80	
Sonstige Ausgaben	48.000,00	48.000,00	62.235,00	56.500,00	
Abführung Hausumbau			100.000,00	71.425,98	
Gesamt	5.176.691,00	5.032.375,29	5.306.926,00	5.438.610,07	

					Vergleich
Einnahmen	5.493.384,00	5.583.532,56	5.306.772,00	5.406.067,93	
Ausgaben	5.176.691,00	5.032.375,29	5.306.926,00	5.438.610,07	
Vergleich	316.693,00	551.157,27	-154,00	-32.542,14	



Vermögensrechnung für das Jahr 2000

Stand:	Anlagevermögen		
10. März 2001	Druckmaschine		22.989,00 DM
	Schneidegerät		6.030,84 DM
	Druckvorbereitungsgerät		29.232,00 DM
	KFZ		53.278,37 DM
	Gesellschaftsanteil		
	Verwaltungsgesellschaft		10.000,00 DM
			121.530,21 DM
	Umlaufvermögen		
	Geldbestände		
		Kasse	10.539,68 DM
		Vorschüsse	1.060,00 DM
		BFG	65.388,37 DM
		Nord-LB	14.501,64 DM
		Post-Giro	1.553,84 DM
			93.043,53 DM
	Forderungen		
		Arbeitgeberdarlehen	47.400,00 DM
		Falken	50.000,00 DM
		VPJ-Mittel	30.000,00 DM
		Sonstige Forderungen	26.374,26 DM
			153.774,26 DM
	Gesamtbesitzposten		368.348,00 DM
	Verbindlichkeiten		
		Verbindlichkeiten PV	139.318,78 DM
		Verbindlichkeiten Barclay	31.038,00 DM
		Verbindlichkeiten Finanzamt	126.071,83 DM
		Verbindlichkeiten Krankenkassen	2.898,24 DM
		Verbindlichkeiten Volksfürsorge	46.443,14 DM
	Schuldposten		345.769,99 DM
	Durchl. Posten		431,39 DM
	Reinvermögen		23.009,40 DM

Revisionsbericht für die Jahre 1999 und 2000

Am 8. Mai 2000 und 27. März 2001 haben turnusgemäß Kassen- und Revisionsprüfungen für die Jahre 1999 und 2000 stattgefunden.

Eine Prüfung der Buchführung hat ergeben, dass die Schlussbestände der jeweiligen Finanzkonten zutreffend übernommen wurden und die Bestände per 31. Dezember 1999 und 31. Dezember 2000 mit den Kontoauszügen übereinstimmen. Die Belege wurden stichprobenhaft geprüft; es haben sich keine Beanstandungen ergeben. Die Arbeit der Buchhalterin wird ausdrücklich gelobt. Die Bemühungen des SPD-Bezirksvorstandes um Konsolidierung der Finanzen werden begrüßt.

Die Anregungen der Revisionsprüfung für 1999 wurden zum überwiegenden Teil zwischenzeitlich umgesetzt.

Hinsichtlich der Abführungen der Mandatsträger bitten wir, grundsätzlich auf dem Abbuchungsverfahren zur bestehen. Dieser Zahlungsweg hat sich bewährt, alles andere dagegen nicht.

Anmerkungen/
Anregungen
1999

Bei Schadensabwicklungen der dienstlich genutzten PKW muss darauf geachtet werden, dass dem Mitarbeiter nicht nachträglich ein geldwerter Vorteil zuzurechnen ist (LSt- und Sozialversicherungspfl.). Die Buchungsbelege sollten hier klar und eindeutig sein (Aktenvermerk oder Kopien beilegen). Bei anlässlichen Privatfahrten oder aber bei grober Fahrlässigkeit muss der Mitarbeiter den Schaden selbst bezahlen.

Bei gemeinsamen Veranstaltungen mit anderen Organisationen oder Parteigliederungen muss die Finanzierung vorher festgelegt werden. Wir empfehlen die Schriftform, damit der Bezirk nicht nachher allein als Kostenträger übrig bleibt (gemeinsame Veranstaltung SKG/Fraktion/Bezirk). Das gleiche gilt für Kosten bei Nichtteilnahme. Hier muss künftig sorgsamer mit den Parteifinanzen umgegangen werden. Z. B. mussten wir feststellen, dass für Nichtteilnahme bei der Juso-AG Essensausfall (614 Essensportionen x zwei Tage zu bezahlen waren; vgl. Beleg der Jugendherberge Uelzen vom 25. April 1999.) Schade, gerade hatten wir uns gefreut, dass man auch einmal in einer Jugendherberge tagen wollte.

Kostenerstattungen sollten nur auf Anfrage erfolgen, es kann den Aktiven zugemutet werden, auch hin und wieder privat zu zahlen. Außerdem müssen die Vorstände der Arbeitsgemeinschaften (hier Jusos) so diszipliniert arbeiten, dass sie ihre Mittel korrekt abrechnen. Andernfalls sollten Regressforderungen gelten gemacht werden.

Grundsätzlich sind Fortbildungsmaßnahmen für die Mitarbeiterschaft sehr zu begrüßen. Allerdings müssen die Honorarforderungen der Dozenten kritisch geprüft werden. Ein Tagessatz von DM 3.900,00 erscheint uns überzogen. Bei Spitzenwirtschaftsberatern ist ein Tagessatz von DM 2.500,00 üblich, die befreundeten Organisationen geben in der Regel erheblich weniger aus.

Außerdem betrachten wir die Personalentwicklung im Buchhaltungsbereich mit Sorge. Hier ist mit Altersteilzeiten zu rechnen und die Programme sind nun einmal nicht leicht zu handhaben. Es bedarf einer längeren Eingewöhnung. Wir empfehlen rechtzeitig für ein Art Feuerwehrrkraft zu sorgen. Ggf. kann hier auch mit anderen Bezirken, soweit die gleichen Programme genutzt werden, eine Zusammenarbeit angestrebt werden.

Bezirk Hannover

SPD

Zukunft in Arbeit.



Anmerkungen/
Anregungen
2000

Einige wenige Mandatsträger nehmen noch immer nicht am Abbuchungsverfahren teil. Auch die pünktliche Zahlung erhöht den Arbeitsaufwand bei der Buchhaltung. Deshalb sollte grundsätzlich auf dem Abbuchungsverfahren bestanden werden. Wir regen an, analog zu den Abführungen im kommunalpolitischen Bereich entsprechende Richtlinien auf Bezirksebene für alle übrigen Mandatsträger einzuführen. Diese Richtlinien müssen dann verbindlich für alle gelten.

Der Juso-Vorstand wurde zwischenzeitlich neu gewählt. Der neue Vorstand rechnet seinen Aufwand gewissenhaft und verantwortungsvoll ab. Leider gab es jedoch im Prüfungszeitraum noch einige alte Regressansprüche, die zu bedienen waren. Wir gehen davon aus, dass aus den Fehlern der Vergangenheit gelernt worden ist.

Leider gibt es noch keine neue Konzeption im Bereich Buchhaltung. Durch die Inanspruchnahme der Regelung zur Altersteilzeit werden bewährte Mitarbeiterinnen ausscheiden. Wir müssen feststellen, dass die zu bewältigende Arbeit von Jahr zu Jahr mehr geworden ist. Unseres Erachtens besteht hier dringend Handlungsbedarf, da rechtzeitig für eine eingearbeitete Mitarbeiterschaft gesorgt werden muss.

Zusätzlich ergeben sich aus der stichprobenhaften Belegprüfung weitere Anregungen, bzw. Feststellungen:

- Durch den Wechsel zu einer privaten Telefongesellschaft (<http>) ergeben sich günstigere Tarife. Durch die vertragliche Bindung hinsichtlich der Miete der Anlage (Siemens) können die Kosten z. Z. noch nicht nennenswert gesenkt werden.
- Die Mitarbeiterschaft sollte angehalten werden, Reisekosten unverzüglich abzurechnen. Eine Nachholung für drei Jahre sollte künftig ausgeschlossen sein (Etat). Für pauschale Abrechnungen sollten Fristen gesetzt werden, z. B. der 31.03. des Folgejahres. Die Überwachung durch die Buchhaltung wäre so auch einfacher. Lobend soll allerdings erwähnt werden, dass eine Reihe von Kollegen keine Reisekosten abrechnen.
- Im Übrigen müssen hier die neuen steuerlichen Regelungen zu Reisekosten beachtet werden, damit bei späteren Prüfungen diese Kostenerstattungen nicht als steuer- und sozialversicherungspflichtiges Entgelt behandelt werden.

Weitere Stichproben ergeben keine Beanstandungen. Die Belege wurden korrekt verbucht und sind gut auffindbar.

Der Haushalt hat die vorgegebene Richtung trotz Mitgliederabnahme eingehalten. Die Minusbestände wurden abgebaut, die Personalkosten wurden durch Umstrukturierung reduziert und im Sachkontenbereich hat es zusätzlich Einsparungen gegeben.

Arno Bürmann

Heidi Friedrichs

Paul Traupe

1921

Kassenvorgänge während der Zeit vom 1. April 1920 bis zum 31. März 1921

Einnahme		Ausgabe		Kassenvorgang im gesamten Bezirk (einschl. der Ortsvereine)
Kassenstand am 1.4.1920	143.905,17 M	Für Reichstagswahl	307.508,41 M	
Für Neuaufnahmen	14.133,50 M	Für Landtagswahlen, Gemeindewahlen und Kreistagswahlen	240.324,86 M	
Für Beiträge von männlichen Mitgliedern	839.960,65 M	Für Agitation	545.523,09 M	
Für Beiträge von weiblichen Mitgliedern	115.439,85 M	Für Verwaltung	172.923,53 M	
Einnahmen aus Listensammlungen	212.008,50 M	Für Strafen und Prozesse	12.619,99 M	
Sonstige Einnahmen im Bezirk	443.579,41 M	Abgeführt an den Parteivorstand		
Zuschuß vom Parteivorstand	40.000,00 M	25% der männl. Mitgl.	210.040,16 M	
	1.809.027,08 M	25% der weibl. Mitgl.	28.859,95 M	
		Sonstige Ausgaben	70.906,25 M	
		Kassenbestand am 31.3.21	220.320,84 M	
			1.809.027,08 M	

Zu beachten ist der verhältnismäßig hohe Kassenbestand, der im wesentlichen bei den Ortsvereinen war. Wie aus nachfolgender Aufrechnung ersichtlich, war der rechnungsmäßige Kassenstand in der Bezirkskasse nur 103 597,78 Mark. Bei den Ortsvereinen war als ein Kassenstand von 116 723,06 Mark. Kurz vor Schluß des

Quartals war die Landtagswahl, die bei die Finanzen des Bezirks auf das allerschlimmste anspannte; trotzdem konnten die Ortsvereine so hohe Kassenbestände ansammeln. Das scheint uns ein ungesundes Verhältnis zu sein, und wir möchten auch an dieser Stelle die Ortsvereine mit den hohen Kassenständen dringend

bitten, freiwillige Beiträge an den Bezirksvorstand zu leisten. Vom Bezirksvorstand wird – und mit Recht – Erfüllung vieler kultureller Aufgaben verlangt. Das können wir aber nicht, wenn wir andauernd in Schulden stecken.

Einnahme		Ausgabe		Kassenvorgang in der Bezirkskasse
Kassenstand am 1.10.1919	1.286,69 M	An den Hauptvorstand		
Aus noch restierenden Abrechnung der Kreisvereine	32.530,04 M	Oktober/Dezember 1919	34.103,17 M	
Aus den Ortsvereinen		Januar/März 1920	44.262,15 M	
Oktober/Dezember 1919	86.120,42 M	April/Juni 1920	46.449,81 M	
Januar/März 1920	124.059,73 M	Juli/September 1920	45.673,39 M	
April/Juni 1920	143.512,64 M	Oktober/Dezember 1920	54.136,41 M	
Juli/September 1920	119.539,80 M	Januar/März 1921	92.640,50 M	
Oktober/Dezember 1920	144.921,38 M	Verwaltungsgeld an die Unterbezirke	64.430,00 M	
Januar/März 1921	298.404,41 M	Gehälter an die Unterbezirkssekretäre	108.208,70 M	
Direkte Einnahmen der Bezirkskasse		Gehälter an das Parteisekretariat	51.880,00 M	
Vom Verlag des „Volkswillens“	10.000,00 M	Für Reichstagswahlen	112.084,15 M	
Sammellisten	6.931,00 M	Für Landtagswahlen (in Preußen)	52.944,55 M	
Wahlfonds	20.876,63 M	Für Landtagswahlen (in Braunschweig)	11.359,00 M	
Zinsen (1920)	242,85 M	Für Agitation	147.935,78 M	
Sonstiges	4.611,03 M	Für Verwaltung	56.099,16 M	
Zuschuß vom Parteivorstand	46.000,00 M	Für Sonstiges	1.502,88 M	
	1.039.036,62 M	Für Strafen und Prozesse	11.729,19 M	
		Kassenstand am 31. März 1921	103.597,78 M	
			1.039.036,62 M	

Bezirk Hannover

SPD

Zukunft in Arbeit.



Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen



Reform der Betriebsverfassung

„Mehr Demokratie im Betrieb wagen“. Unter diesem Motto hat der AfA-Bezirk Hannover mit zahlreichen Aktivitäten seit Beginn des Jahres 2000 die Bemühungen der Bundesregierung unterstützt, bessere Voraussetzungen für mehr Betriebsräte und Mitbestimmungsrechte zu schaffen.

Seit fast dreißig Jahren ist das Betriebsverfassungsgesetz im Wesentlichen unverändert. Es hat seitdem gravierende Veränderungen in der Arbeitswelt gegeben. Neue Unternehmensstrukturen und Outsourcing, neue Produktionsmethoden und Kommunikationstechniken, neue Arbeitsverhältnisse von der Teilzeit- bis zur Leih- und Telearbeit. Gleichzeitig hat die Vertretung der Beschäftigten durch Betriebsräte drastisch abgenommen. Dem wollen wir entgegen steuern,

- mit vereinfachten Wahlverfahren in kleineren Betrieben,
- mit verbesserten Freistellungsmöglichkeiten,
- mit einem Übergangsmandat der Betriebsräte bei Outsourcing,
- mit erweiterten Initiativrechten der Betriebsräte zur Beschäftigungssicherung und Qualifizierung,
- mit der stärkeren Beteiligung von Frauen in der Betriebsratsarbeit,
- mit der Stärkung der Jugend- und Auszubildendenvertretungen und vielem mehr.

Höhepunkt der Aktivitäten war eine bezirkliche Arbeitnehmer-Konferenz am 27. Mai 2000 in Hannover bei der IG BCE, an der ca. 150 Betriebs- und Personalräte und hauptamtliche Gewerkschaftssekretäre teilnahmen.

Für die zukünftige Zusammenarbeit zwischen SPD und AfA einerseits sowie Betriebsräten und Gewerkschaften andererseits, ist es notwendig, die Gesetzesreform als Plattform zu nutzen. Betriebs- und Personalräte müssen als wichtige Zielgruppe verstanden und viel stärker als in der Vergangenheit als Multiplikatoren für die SPD genutzt werden. In diesem Zusammenhang sollen ein „Betriebsräte-Stammtisch“ mit Axel Plaue im Juni und eine landesweite „Feier zur Reform der Betriebsverfassung“ mit Sigmar Gabriel im August durchgeführt werden.

Rentenreform

Zweiter Arbeitsschwerpunkt war die kritische Begleitung der Rentenreform. Mehrere Diskussionsveranstaltungen auf zentraler und dezentraler Ebene wurden durchgeführt. Die Gewerkschaften wurden von der AfA in ihrem Protest gegen die Einführung eines Ausgleichsfaktors und eine zu starke Absenkung des Rentenniveaus erfolgreich unterstützt.

Günter Lenz

Vorsitzender des AfA-Bezirksvorstandes

Arbeitsgemeinschaft Selbständige in der SPD (AGS) Arbeitsgemeinschaft Wirtschaft (AGW)

I.

Höhepunkt des Jahres 2000 war die alle zwei Jahre stattfindende Vollversammlung der AGW/AGS (Arbeitsgemeinschaft Wirtschaftspolitik/Arbeitsgemeinschaft der Selbständigen am 8. November 2000 im SPD-Fraktionssaal des Niedersächsischen Landtags in Hannover. Rund 80 Mitglieder waren gekommen, um u.a. den Vorstand neu zu wählen. Dabei fiel auf, dass die Appelle an die Unterbezirke, Mitglieder und an einer Mitarbeit in der SPD Interessierte aus dem Bereich der Wirtschaft gezielt anzusprechen, zumindest geringe Erfolge hatte: vor allem der UB Göttingen war in bisher nicht gekannter Weise vertreten und entsendet seitdem wieder einen Vertreter in den Bezirksvorstand. Auch Hameln-Pyrmont und Nienburg sind jetzt wieder im Vorstand vertreten. Peter Kirch, der den Vorsitz kommissarisch nach dem Ausscheiden von Otmar Haas übernommen hatte, wurde als Vorsitzender in seinem Amt bestätigt. Als Stellvertreter wurden Hartmut Berg (Lüchow-Dannenberg) und Horst Bredthauer (Northeim) gewählt.

Neben Eva Ehry, Michael Franke, Otmar Haas, Erika Mann (in Abwesenheit) und Diethard Mühge wurden neu in den Vorstand gewählt: Karl-Hein Aeffner, Torsten Backhaus, Wolfgang Heitkämper, Horst Kiesewetter und Michael Schneider. Cornelia Eißner, die in der SPD-Geschäftsstelle die AGW/AGS betreut, erhielt für ihre Arbeit ein herzliches Dankeschön und später einen Strauß Blumen. Sie wird auch künftig für diese Arbeitsgemeinschaft zuständig sein.

Zum ersten Mal konnte der AGW/AGS Bezirks-Vorsitzende Peter Kirch den niedersächsischen Ministerpräsidenten Sigmar Gabriel in dieser AG begrüßen. Sigmar Gabriel bekräftigte einmal mehr, dass die niedersächsische Wirtschaft einen verstärkten Stellenwert in seiner Regierungspolitik erhalten soll. Er wies daraufhin, dass er sich vor allem die zunehmende Gewichtung der Informationstechnologie auf die Fahnen geschrieben habe – einer Ankündigung der ja inzwischen auch konkrete Taten gefolgt sind: von der Aktion „Schulen ans Netz“ bis hin zu dem Ausbau der Multimedia-Aktivitäten auf der EXPO-Plaza. Auch die Berufung der nicht der SPD angehörenden Dr. Susanne Knorre zur Wirtschaftsministerin Niedersachsens, die damit die Nachfolge von Dr. Peter Fischer antrat, ist als Zeichen in die Richtung zu verstehen, die auch von der AGW/AGS in Niedersachsen unterstützt wird. Der AGS Bundeskongress ist 1998 unserem Antrag gefolgt und hat sich in zwei Richtungen geöffnet:

- Es können sich seitdem auch Nichtmitglieder in dieser Arbeitsgemeinschaft engagieren und
- Es können nicht nur Selbständige mitwirken, sondern alle, die unternehmerische Verantwortung tragen. Damit verbunden war auch die Umbenennung in AGW/AGS. So können jetzt beispielsweise auch Vorstandsmitglieder von Aktiengesellschaften oder Geschäftsführer von GmbHS der AGW/AGS angehören, was früher nicht möglich war, da sie ja nicht Selbständige waren. Allerdings muss noch einiges getan werden, um den Namen bekannter zu machen.

AGS -
Wir denken
selbständig



Bezirk Hannover

SPD

Zukunft in Arbeit.



II.

Die Themen, mit denen sich die AGW/AGS in dem vergangenen Jahr schwerpunktmäßig beschäftigt hat, waren:

- Steuerreform
- Mitbestimmung
- Renten
- €-Einführung
- Beschäftigung
- Region Hannover

III.

An Veranstaltungen fanden im Jahr 2000 neben der Jahresversammlung statt

- 4. April 2000: eCommerce in Europa – Podiumsdiskussion in der CC Hannover mit rund 110 Teilnehmern
- 4. Juli 2000: Zukunft der Regionen – Podiumsdiskussion in Lüchow
- 19. September 2000: Region Hannover – eine Chance für die Wirtschaft? Podiumsdiskussion in der Üstra-Remise in Hannover mit rund 35 Teilnehmern

IV.

Der Landesausschuss unter Vorsitz von Michael Hamann (Braunschweig), der auch stellvertretender Bundesvorsitzender der AGW/AGS ist, traf sich einmal pro Quartal in Walsrode. Außerdem fand der inzwischen fast schon traditionelle Workshop der vier Landesbezirke am Tankum-See im September statt.

Bei entsprechender Themenlage nahm ein Vertreter der AGW/AGS auch an den monatlichen Bezirksvorstandssitzungen teil.

Allgemeines

V.

Einigkeit besteht, dass die Unterbezirke noch mehr tun sollten, um auch nach außen zu zeigen, dass die SPD hohe Kompetenz und exzellente Fachleute in Sachen unternehmerische Wirtschaft und Wirtschaftspolitik hat. Ein Rundschreiben des AGW/AGS Bezirksvorstandes in diese Richtung zeigte aber leider fast Null Reaktion.

Vorschau

VI.

Für 2001 sind bis jetzt zwei Veranstaltungen vorgesehen:

- Ein Round Table mit der neuen Wirtschaftsministerin Dr. Susanne Knorre
- Eine Veranstaltung mit dem Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, Dr. Alfred Tacke, im September 2001.

Das Angebot, im Kommunalwahlkampf mitzumachen und einbezogen zu werden, wurde sehr unterschiedlich angenommen.

Hannover, 23. April 2001

Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (AsF)

Vorsitzende

Erika **Huxhold**

Stellvertretende Vorsitzende

Marlo **Jütte**, Birgit **Menzel**, Hedi **Wegener**, Heidrun **Merk**

Beisitzerinnen

Monika **Adler**, Angelika **Beck**, Helmi **Behbehani**, Brigitta **Franke**, Godula **Hepper**, Ulrike **Libal**, Gabriele **Lösekrug-Möller**, Ingrid **Otto**, Christiane **Reckmann**, Astrid **Schlegel**, Charlotte **Wilken**, Brigitte **Zimmermann**

Geschäftsführung

Grit **Schmidt**

Besetzung Gleichstellungskommission

Birgit **Menzel** (Sprecherin), Godula **Hepper**, Marlo **Jütte**

Mitglied im ASF-Landesvorstand

Erika **Huxhold** (seit Januar 2001: Brigitta **Franke**), Hedi **Wegener**

Beisitzerin im ASF-Bundesvorstand

Hedi **Wegener** (seit Mai 2000)

Vertretung im ASF-Bundesausschuss

Erika **Huxhold**

Mitglied im Vorstand Landesfrauenrat

Monika **Adler**



Themenschwerpunkte im Berichtszeitraum

Der ASF-Bezirksvorstand setzt die Bearbeitung dieses Schwerpunkts der vergangenen Amtsperiode fort und stellt fest, dass das Interesse an Informationen über Genderpolitik in den Unterbezirken wächst. Gleichstellungspolitik nach dem Gender-Mainstreaming-Prinzip wird als wichtiges, aber auch schwieriges Thema gesehen, zunächst vor allem aufgrund der Begrifflichkeit. Nach dem Prinzip des Gender Mainstreaming sind im Vorfeld politischen Handelns die Auswirkungen von Politik für beide Geschlechter zu prüfen und die Angebote der Politik ggf. mit unterschiedlichen Akzenten an Frauen und Männer zu richten. Die ASF achtet darauf, dass auf die herkömmliche rechtliche, politische und institutionelle Frauenförderung nicht verzichtet wird. Trotz vieler Erfolge wird mit dem einseitigen Abbau von Defiziten noch keine tatsächliche Gleichstellung der Geschlechter erreicht. Neben der Quotenregelung und Frauenförderplänen bedeutet die Anwendung von Gender Mainstreaming den Beginn einer qualitativ neuen Stufe in der sozialdemokratischen Gleichstellungspolitik auch im Rahmen der aktuellen Bestrebungen um die Reform der SPD. Die Befassung der Gleichstellungskommission des Bezirks mit dem Genderansatz wird daher begrüßt und unterstützt. Hinweis: Nach einzelnen Landesregierungen (Niedersachsen, Sachsen-Anhalt, Rheinland-Pfalz) hat jetzt auch die Bundesregierung das Gender-Mainstreaming Prinzip in ihre Geschäftsordnung aufgenommen.

Gender
Mainstreaming

Bezirk Hannover

SPD

Zukunft in Arbeit.



Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (AsF)

Mentoring- Programm für Frauen

Die ASF hat auf Veranstaltungen der Landesregierung, in den Unterbezirken und anlässlich der Beiratssitzung das Mentoring-Programm für Frauen in der Kommunalpolitik unterstützt. Besonders die Vernetzung von ASF-Arbeit mit den Kommunalen Frauenbeauftragten hat zum erfolgreichen Gelingen des Projektes beigetragen. Frauen, die nach beruflicher oder politischer Karriere streben, können Seite an Seite mit denjenigen, die es „geschafft“, haben, Erfahrungen im Umgang mit Hierarchien, in der Überwindung von Widerständen usw. gewinnen. Die ASF fordert Mentoring-Projekte in der Arbeitswelt, aber auch innerhalb der Partei als Nachwuchsförderung und Qualifizierung zur Übernahme von politischen Ämtern und Mandaten. Die Konzeption eines Mentoring-Programms in der Bundespartei stützt sich auch auf niedersächsische Erfahrungen.

Frauen und neue Technologien

Das Thema fand mit der Klausurtagung der ASF im März 2000 im Inbits, Celle, seinen vorläufigen Abschluss. Das besondere Konzept des Inbits versteht sich als Kombination der Jugendsozialarbeit und der Jugendberufshilfe mit dem Ziel, durch innovative Methoden die Chancengleichheit von benachteiligten jungen Frauen und Männern zu fördern. Das Mädchenkonzept des Inbits will Chancen in Bereichen der neuen IT-Berufsbilder erhöhen. Ein Teil der Klausurtagung wurde online geschaltet und gleichzeitig mit einem Start des ASF-Bezirks in das Internet verbunden. Das Internet-Konzept der ASF muss nun gemeinsam mit der Geschäftsführung des Bezirks ausgebaut und weitergeführt werden. Eine Nutzung als Infoplattform für Frauenthemen zur Kommunalwahl wird angestrebt.

Anträge ASF Bundesfrauenkonferenz Mai 2000 in Potsdam

- Frauen und IT-Berufe „Lila Card statt Green Card“
- Für eine zukunftsfähige Berufswahl (von Mädchen)
- Nachfolge Weltfrauenkonferenz: Ratifizierung des Zusatzprotokolls zum UN-Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW) durch die Bundesregierung
- Keine Wehrpflicht und kein soziales Pflichtjahr für Frauen
Dieser Antrag war eine Weiterentwicklung des Bezirksvorstandsbeschlusses „Keine Gleichstellungspolitik für Frauen durch Dienst an der Waffe“ vom 27. November 1999. Die Wehrpflicht ist nach Auffassung der ASF analog zum Urteil des Europäischen Gerichtshofs in Luxemburg auf Zulassung von Frauen in der Bundeswehr nicht berührt. Möglichen Klagen von Männern bezüglich einer (Wehr-)Dienstverpflichtung von Männern an der Allgemeinheit steht nach Ansicht der ASF die gesellschaftlich unverzichtbare Leistung von Frauen in Erziehungs- und Pflegearbeit in der Familie mindestens gleichwertig gegenüber. Aus diesem Grund wird eine wie immer geartete Dienstpflicht von Frauen, auch im sozialen Bereich als sog. „Soziales Pflichtjahr“, entschieden abgelehnt.

Zur Strukturdebatte der Partei - Reform der Arbeitsgemeinschaften

Die ASF hat sich mit der Initiative von Generalsekretär Franz Müntefering, eine Diskussion über neue Wege der politischen Ansprache zu führen und geeignete Reformvorschläge zu entwickeln befasst und den Initiativantrag des ASF-Bundesvorstands „Demokratie braucht Partei - SPD braucht die Frauen“ (Mai 2000) un-

terstützt. Sie begrüßt in diesem Zusammenhang den Beschluss des Bezirks zur Modernisierung der SPD im Bezirk Hannover. Die Vorstandsfrauen werden sich nach ihren Möglichkeiten an der Planung beteiligen, um bessere Konzepte und Methoden für die Ansprache von Frauen zu entwickeln mit dem Ziel, die Mitgliedschaft und Mitarbeit von Frauen in der SPD attraktiv zu machen. In diesem Rahmen wird z.Z. über eine verstärkte Kooperation mit ASF-Gruppierungen der Unterbezirke über Projekten beraten. Als wesentliche Voraussetzung für eine erfolgreiche Motivation von Frauen sieht die ASF allerdings eine glaubwürdige Umsetzung frauenpolitischer Entscheidungen auf Landes- und Bezirksebene an.



Rücktritt Frauenministerin Heidrun Merk

Im sog. Rücktritt von Frauenministerin Heidrun Merk im Dezember 2000 sieht die ASF nach der Auflösung des Frauenministeriums 1998 einen weiteren gravierenden Rückschritt der institutionalisierten Frauenpolitik. Machtpolitische Entscheidungen dieser Art tragen zum Motivationsverlust und zur Resignation ehrenamtlicher Gremien bei und konterkarieren die Bemühungen der ASF, mit attraktiver SPD-Politik zu mehr Beteiligung von Frauen in der Politik zu gelangen. Die ASF bemüht sich in Zusammenarbeit mit MdLs des Bezirks und der frauenpolitischen Fraktions-sprecherin, eine weitere Bagatellisierung von eigenständiger Frauenpolitik zu verhindern und drängt darauf, frauenpolitischen Themen in der Politikvermittlung stärkeres Gewicht zu verschaffen.

Beiratssitzung „Kommunalpolitik ist Frauenpolitik“ November 2000

Die Vorstellung der Kommunalpolitische Leitlinien des Bezirks würdigte besonders das frauenpolitische Kapitel. Die UBs erhielten Hinweise zu Faltblättern, Frauenwahlkampfaktionen, Kandidaturen, Quotenregelungen und Listenaufstellungen sowie das Angebot, über das Internet weiter aktuelle Informationen abzurufen. Diese Absicht konnte bislang nicht umgesetzt werden (s.o.).

Nach Kontakten mit der LAG der kommunalen Frauenbeauftragten hat die ASF den Wahlprüfstein formuliert: „Gute Arbeitsbedingungen für Frauenbeauftragte in Niedersachsen schaffen“ Die ASF fordert darin die SPD-Frauen in den kommunalen Räten auf, sich dafür einsetzen, dass die Frauenbeauftragten in den Kommunen durch Gleichstellungsausschüsse unterstützt werden. Sie sollen Arbeitsschwerpunkte gemeinsam mit der Frauenbeauftragten abstimmen und die für eine erfolgreiche Umsetzung erforderlichen Mittel bereit stellen. Sie sollen die Arbeit der Frauenbeauftragten solidarisch und kritisch begleiten, durch eigene Schwerpunkte geeignet ergänzen, öffentlich unterstützen und damit die Wirksamkeit von Frauenpolitik insgesamt verstärken (mehr... demnächst im Internet).

Gemeinsame Veranstaltung ASF und DGB-Bezirk zur „Rentenreform“ am 2. Februar 2001

Auf der Veranstaltung mit einer Referentin der Equality-Arbeitsgruppe der Hans-Böckler-Stiftung und der LVA wurden Erwartungen und Kritik von Frauen an die Sozialversicherungssysteme deutlich. Die Absenkung des Rentenniveaus insgesamt und die Verschärfung von Anrechnungsbedingungen für die Hinterbliebenenrente trifft zukünftig junge Frauen. Die Forderung der ASF, das abgeleitete Rentenrecht in eigenständige Rentenansprüche von Frauen umzuwandeln, in dem Anwartschaft-

Bezirk Hannover

SPD

Zukunft in Arbeit.



ten von Eheleuten und auf Antrag auf von Lebensgemeinschaften geteilt werden, wird zu zögernd angepackt. Eine individuelle Wahlmöglichkeit auf Dauer entspricht nicht den Vorstellungen der ASF. Auch die „Rente mit 60“ steht weniger auf der frauenpolitischen Wunschliste -kaum eine Frau erreicht die dafür notwendigen 35 Versicherungsjahre. Abgelehnt wurde ebenfalls der Aufbau der privaten Altersvorsorge, auch wenn sie durch besondere Förderung von geringen Einkommen begleitet wird. Die bedarfsorientierte soziale Grundsicherung wird begrüßt. Ein im Alter möglicher Bezug von steuerfinanzierter bedarfsorientierter sozialer Grundsicherung beugt Altersarmut vor und erspart Frauen mit geringer Rente den deprimierenden Gang zum Sozialamt. Positiv ist auch verstärkte Berücksichtigung der Kindererziehungszeiten durch die Erhöhung der kindbezogenen Beitragszeiten.

Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokraten im Gesundheitswesen (ASG)



Wer Arbeitsgemeinschaft und Gesundheit liest könnte meinen, da sitzen Leute zusammen und machen sich Gedanken über die Optimierung „der Heilslehre von den Gesundheitschancen“.

Richtig ist, dass interessierte Leute zusammen kommen und die Kulissen des Gesundheitswesens ausleuchten. Richtig ist auch, dass wir mit unseren Veranstaltungen die Politiken im Lande befördern wollen. Wir haben den Eindruck - verstärkt durch entsprechende Rückmeldungen - das Letzteres uns gelegentlich gelingt.

Wir beschwören nicht Sozialdemokratische Grundwerte, um dann der neoliberalen (Betriebs)wirtschaft auf den Leim zu gehen. Wir stellen unseren Gästen und Referentinnen kritische Fragen zu den von uns besetzten Themen. So verbinden sich Themen wie der betriebswirtschaftlich geprägte Umbau der Versorgungsstrukturen im Gesundheitswesen mit gewerkschaftlich orientierten Fragen nach Arbeitsverdichtung und Mindestlohn (Tariflohn).

Prävention und Vorsorge wurden von der kurativen Medizin in der Vergangenheit verwechselt, um die Patientenströme zur besseren Markterschließung kanalisieren zu können. Wir haben Prävention im vergangenen Jahr mehr als Kriminalprävention, Versorgungsstrukturen als Selbstbedienungsladen für kriminell veranlagte Ärzte und Apotheker, kennengelernt.

Die Unübersichtlichkeit im System wird von anderen Berufsgruppen oft leidend erfahren. Geld verdienen, verdrängt fachlichen Anstand, Moral und berufliche Ethik dort, wo schlechte Pflege an der Tagesordnung ist. Pflegeeinrichtungen mit gutem Standard, fachlich versiertem Personal stehen (standen) sogenannten Einrichtungen gegenüber, die zu schließen sind.

Zivildienst, ursprünglich als Ausgleich für den Dienst an der Waffe geschaffen, war ein Thema. Die Positionen für oder gegen den Zivildienst bewegten sich zwischen Kostenfaktor Zivildienstleistender und moralischer Institution.

Dass die Expo als Geldmachmaschine angesehen werden würde war schon klar, als wir das Thema Prostitution auf den Arbeitsplan nahmen. Unsere Fragestellung an

Phoenix e.V. war aber auf die psychosoziale Situation der meist sehr jungen betroffenen Frauen und Mädchen abgestellt.

Psychosozial unbefriedigend ist auch die Situation geistig und/oder seelisch Behinderter, die gern ins „wilde Leben“ hinaus gehen würden, die aber dem ausgelebten Wunsch nach „Kundenbindung“ geschlossener Einrichtungen entgegensteht.

Das Milliardengeschäft Gesundheit, seine humane Ausgestaltung wird auch in Zukunft unser Thema bleiben.

In der nächsten Folge geht es um die der individuumzentrierten Heilsversprechen verpflichtete Medizin, der die begonnene molekularbiologische Ära neue Höhenflüge verspricht.

Ausblick

Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen (AsJ)

1. Bezirksvorstand

Auf der Bezirkskonferenz am 27. April 1999 wurden in den neunköpfigen Bezirksvorstand gewählt:

Dr. Uwe **Berlit** (Vorsitzender), Beate **Bermanseder** (stellv. Vorsitzende), Robert **Nicholls** (stell. Vorsitzender), Arne **Budde**, Enno **Entorf**, Dr. Jutta **Kramer**, Immo **Moshagen**, Dieter **Schur** und Michael **Wachs**.

Der „Quotenverstoß“ war mangels hinreichender Bereitschaft von Genossinnen zur Kandidatur nicht abzuwenden. Beate Bermanseder ist im Laufe der Wahlperiode aus beruflichen Gründen aus dem Vorstand ausgeschieden. Neuwahlen des Vorstandes erfolgten auf der Bezirkskonferenz am 20. April 2001:

Dr. Uwe **Berlit** (Vorsitzender) BeisitzerInnen: Enno **Entorf**, Hans-Dieter **Grett**, Immo **Moshagen**, Robert **Nicholls**, Arne **Schneider**, Petra **Schramm** und Dieter **Schur**.

Vorstandsintern haben als ständige Aufgabe übernommen: Uwe Berlit die Vertretung im AsJ-Bundesausschuss, Michael Wachs die Vertretung in den Gremien des Bezirks Hannover, Arne Budde die Kontakte zur AsJ Göttingen und Robert Nicholls die Vertretung in Gremien des UB-Hannover-Stadt und die Kontakte zur Juso-HSG.

Die Mitglieder des Vorstandes haben sich in unregelmäßigen Abständen von ca. sechs bis acht Wochen getroffen. Für die laufende Information und Koordination wurden daneben die Möglichkeiten der E-Mail-Kommunikation intensiv genutzt. Der Vorstand hat sich regelmäßig mit den auf der Ebene der Bundes-AsJ (Bundesausschuss; Bundeskonferenz) behandelten Themen befasst.

Mitglieder des Vorstandes haben auf Anforderung von Parteigliederungen für Informationsveranstaltungen mit juristischem Bezug (u.a.: Rechtsmittelreform; Innere Sicherheit; Voraussetzungen/ Erfolgsaussichten eines NPD-Verbotsantrages) zur Verfügung gestanden.



Berichtszeitraum: 27. April 1999 bis 27. März 2001

Bezirk Hannover

SPD

Zukunft in Arbeit.



2.

Veranstaltungen

Von den im Berichtszeitraum durchgeführten Veranstaltungen, die mit Ausnahme des Wochenendseminars in Hannover stattgefunden haben, sind zu nennen:

- Schwerpunkt „Europäische Verfassung“
- Seminar „Europa in guter Verfassung“, 4./5. September 1999, (in Zusammenarbeit mit der Politischen Bildungsgemeinschaft e.V.), Heimvolkshochschule Springe; Themen u.a.: Voraussetzungen einer Europäischen Verfassung; Anforderungen an einen europäischen Rechtsstaat (von der Wirtschafts- und Währungsgemeinschaft zur Rechts- und Wertegemeinschaft) (dazu Reader „Braucht Europa eine Verfassung?“)
- Europäische Charta der Grundrechte, 28. September 2000 (Referent: Dr. Norbert Bernsdoff)
- Völkerrechtliche Voraussetzungen eines Auslandseinsatzes der Bundeswehr, 22. Juni 1999 (Referent: PD Dr. S. Oeter, parteiöffentlich)
- Ordnungspolitische Rahmenbedingungen des Elektronischen Geschäftsverkehrs: Perspektiven für die Gesetzgebung, 25. November 1999 (Referenten: Erika Mann (MdEP), Prof. Dr. B. Oppermann)
- Kommunalverfassung: Erfahrungen und Verbesserungsbedarf, 9. Dezember 1999 (Referenten: StS W. Lichtenberg, OB Mäde [Vorsitzender SGK])
- Mehr Arbeit nur durch neue Bündnisse? Die Zukunft der Tarifautonomie in Deutschland, 18. Februar 2000 (Diskussion mit ParlStS G. Andres [MdB], H. Meine [IG Metall], Stv.HGF Wolter [Verband Metallindustrie Nds.]
- Die Parteienfinanzierung in Deutschland: Erfahrungen und Kritik, 6. April 2000 (Referent: Prof. Dr. Dr. h.c. H.-P. Schneider)
- Menschenrechtsschutz durch „Human Rights Litigation“, 26. Juni 2000 (Referent: Prof. Dr. Chr. Wolf)
- Rechtspolitik in der 14. Legislaturperiode - Zwischenbilanz und Ausblick, 23. November 2000 (Referent: J. Stünker, MdB)
- Mietrechtsreformgesetz 2001 - fairer Interessenausgleich oder zwischen allen Stühlen, 31. Januar 2001 (Referent: W. Spanier, MdB)

Zu der Arbeitsform „Veranstaltung“ ist zu bemerken: Die Beteiligung der MitgliederInnen ist stark schwankend. Die mit einigen Veranstaltung angestrebte Initiierung kontinuierlich an dem Thema arbeitender Arbeitskreise konnte mangels Nachfrage aus der Mitgliedschaft nicht realisiert werden.

3.

Schwerpunkte der Vorstandsarbeit

Schwerpunkte der Vorstandsarbeit waren die Informationen über aktuelle rechtspolitische Themen, die aktive Begleitung der AsJ-Aktivitäten und Meinungsbildung auf Bundesebene sowie - in Zusammenarbeit mit der AsJ Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern - der Bereich Justizreform.¹

Über einen E-Mail-Verteiler (z.Zt. ca. 30 Mitglieder) sind interessierte Genossinnen und Genossen regelmäßig über die (regionale und überregionale) AsJ-Arbeit sowie rechtspolitische Themen informiert worden.

Aus der überregionalen Arbeit ist zu erwähnen:

Dem Bezirk Hannover oblag die - inhaltliche und organisatorische - Vorbereitung und Koordination eines vom AsJ-Bundesausschuss eingesetzten Arbeitskreises zur Reform der Arbeit des AsJ-Bundesausschusses² sowie die Leitung des vom AsJ-Bundesvorstand eingesetzten Arbeitskreises „Internet“.³

Der Bezirk hat aktiv an den überregionalen Arbeitsgruppen zur Reform der Zivilprozessordnung (Daten) und zur Reform des Verwaltungsprozesses mitgewirkt.⁴

4.

Anfang dieses Jahres begann die Planungsphase für ein Projekt, das sich mit den Grenzen der Humangenetik beschäftigen soll. Vor dem Hintergrund eines erheblichen gesellschaftlichen und politischen Diskussionsbedarfs wird die AsJ gemeinsam mit der Arbeitsgemeinschaft für Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Gesundheitswesen, dem Wissenschaftsforum und dem Arbeitskreis Kirche/SPD im Bezirk Hannover ein Projekt initiieren und begleiten, das sich mit den Möglichkeiten, Gefahren und ethischen Implikationen der Gentechnologie auseinandersetzen und Kriterien zur inhaltlichen Positionierung entwickeln soll. Für die AsJ stehen dabei die verfassungsrechtlichen Fragen sowie solche des Embryonenschutzgesetzes und des Biopatentgesetzes im Vordergrund. Die Auftaktveranstaltung zu diesem Projekt findet Mitte April 2001 in Hannover statt.

Projekt
„Risiken und Chancen der Humangenetik“

5.

Im Bezirk Hannover gibt es seit langem eine aktive AsJ-Unterbezirksarbeitsgemeinschaft im UB Göttingen, die engen Kontakt zu den Genossinnen und Genossen aus dem Unterbezirk Northeim-Einbeck hält und sich auf dem Bundesparteitag vom 7. bis 9. Dezember 1999 in Berlin im Rahmen des Wilhelm-Dröschner-Preises mit dem Projekt „Recht und Politik in der Universitätsstadt Göttingen“ präsentiert hat. Im Berichtszeitraum hat sich im Unterbezirk Lüneburg eine AsJ auf UB-Ebene gegründet und ihre Aktivitäten aufgenommen.

Unterbezirks-
Arbeitsgemein-
schaften

Hannover, den 27. März 2001

¹ Dazu u.a.: Papier „Eckpunkte einer Binnereform der Justiz“, Oktober 1999 und Mitwirkung an dem Wochenendseminar der AsJ Hamburg „Justiz in der Modernisierungsfalle? Zur Bedeutung der Qualitätsdiskussion im Reformprozess“, 29./30. Januar 2000, Grundbuchhalle Amtsgericht Hamburg

² Dazu Bericht der AG vom August 1999/ 7. November 1999; Beschluss der AsJ-Bundeskonzferenz vom 8. April 2000

³ Dazu der zum AsJ-Bundesausschuss am 4. November 2000 vorgelegte Zwischenbericht sowie der Endbericht „Elektronisch gestützte innerparteiliche Willensbildung und Entscheidungsfindung - zum Umgang mit elektronischer Post, Abstimmungsverfahren und e-vote“ vom 7. Januar 2001.

⁴ Dazu Arbeitskreis Verwaltungsprozessrechtsreform, Stellungnahme zum Entwurf eines Gesetzes zur Bereinigung des Rechtsmittelrechts im Verwaltungsprozeß, 11. Januar 2001

Bezirk Hannover

SPD

Zukunft in Arbeit.



Arbeitsgemeinschaft ehemals verfolgter Sozialdemokraten (AvS) Arbeitskreis Rechtsextremismus



Die aktuelle gesellschaftliche Situation hat sich im letzten Jahr – zumindest in Niedersachsen – geändert. Die Häufung spektakulärer und brutaler rechtsextremistischer Gewalttaten, bis hin zu Morden an ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern hat zu einer relativ breit getragenen gesellschaftlichen Gegenreaktion geführt.

Dies ist nicht zuletzt auch auf die Bemühungen der niedersächsischen Landesregierung, insbesondere des Ministerpräsidenten zurückzuführen. Neben der „Umnutzung“ der EXPO-Abschlussfeier zu einem Konzert unter dem Motto: „Aus Fremde werden Freunde“ hat sich in Niedersachsen eine großes Bündnis „Gegen Fremdenfeindlichkeit und rechte Gewalt“ gebildet. Darin sind alle relevanten Jugendorganisationen, Vertreter der Printmedien, der Rundfunk- und Fernsehsender und viele weitere Gruppierungen vertreten. Es bleibt zu hoffen, dass diese auf Permanenz angelegte Zusammenarbeit längerfristig Bestand haben wird. Bundesweit haben sich ebenfalls mehrere Initiativen als Sammelbecken der Arbeit gegen „Rechts“ zusammengefunden.

Nicht verändert hat sich jedoch die Gefahr für die demokratischen Strukturen und die demokratische Kultur in der Bundesrepublik Deutschland, die von einer „schleichenden“ Umwertung demokratischer Werte und Normen im Sinne einer an den Gesellschaftsmodellen konservativer und „neu-rechter“ Vorstellungen orientierten Definition ausgeht. Diese Vorstellungen finden nach wie vor Eingang in Ordnungsvorstellungen politisch Aktiver von den „Republikanern“ bis weit hinein in den rechts-konservativen Flügel der CDU/CSU (z. B. Lummer und Schäuble), aber auch in die FDP (Gerhard) - und darüber hinaus auch in die politische Kultur unserer Gesellschaft hinein. Dass gerade für Wählerinnen und Wähler am rechten Rand des politischen Spektrums die Grenzen zu den großen politischen Parteien fließend sind, haben die Landtagswahlen in Baden-Württemberg gezeigt. Die verlorenen Wählerstimmen der „Republikaner“ teilen sich (bei 30 Prozent Abwanderung in das Reservoir der Nichtwähler) zu 80 Prozent auf die CDU, aber auch zu 20 Prozent auf die SPD auf.

Ohne die Bedeutung der oben beschriebenen neuen Bündnisse schmälern zu wollen, soll in diesem Zusammenhang auf eine Gefahr hingewiesen werden. Die Fixierung der Arbeit der Bündnisse auf die öffentlich sichtbaren und in den Massenmedien breit geschilderten Übergriffe der Rechtsextremisten darf nicht dazu führen, dass die Augen vor der latenten Gefahr des Eindringens der „neu-rechten“ Werte und Normen in unsere politische Kultur geschlossen werden.

Der Arbeitskreis wird dies in den Schwerpunkten seiner Arbeit für das nächste Jahr aufgreifen und thematisieren.

Wie auch schon in der vergangenen Wahlperiode des Bezirksvorstandes ist es dem AK auch diesmal nicht gelungen, weitere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus den Unterbezirken zu gewinnen. Dies spiegelte in keiner Weise die nach wie vor bestehende große politische Relevanz dieses Arbeitsfeldes für die Sozialdemokratie wi-

der, zeigt jedoch, dass es offenbar innerhalb des Bezirkes in weiten Bereichen auf diesem Feld keine größeren und intensiveren Aktivitäten gab und gibt.

Allerdings gelang es die in der letzten Wahlperiode des Bezirksvorstandes angebahnten Kontakte zu anderen im Bezirk arbeitenden Initiativen gegen Rechts zu stabilisieren und auszuweiten. Die Kontakte zur Bundesvereinigung der Opfer der NS-Militärjustiz, zu den Falken, zur DGB-Jugend, zum Komitee „Gegen das Vergessen - Für Demokratie“, zur HVHS Hustedt und zur VVN bestehen weiterhin. Sie konnten durch die kontinuierliche Teilnahme von Mitarbeitern des niedersächsischen Verfassungsschutzes, der Gedenkstättenarbeit, dem Landesjugendring und Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus der Jugendpflege und Jugendhilfe ergänzt werden.

Aufbau von
Kontakten
zu anderen
Initiativen

Die SPD im Bezirk Hannover hat im Bereich der Arbeit gegen rechtsextremistische Tendenzen somit weiter öffentlich an Profil gewonnen und hat sich als wichtiger Ansprechpartner für andere Organisationen stabilisiert.

Der AK hat sich bemüht die gesellschaftliche Analyse in praktische Arbeit umzusetzen. Dabei wurden Aktivitäten zunächst durch die große berufliche Belastung der beiden Arbeitskreiskoordinatoren stark behindert. Erst als es ab November des letzten Jahres gelang, Wilfried Wiedemann für die Übernahme von großen Bereichen der Koordinationsaufgaben zu gewinnen, bekamen die Aktivitäten wieder einen starken Kristallisationspunkt. Deswegen konnten auch wieder eine Anzahl von öffentlichen Veranstaltungen, geplant und durchgeführt werden.

Öffentliche
Veranstaltungen

- Im September des letzten Jahren haben wir in einer parteiöffentlichen Veranstaltung die zur Veröffentlichung geeigneten Erkenntnisse des niedersächsischen Verfassungsschutzes über die „rechte Szene“ vorgestellt. Die Veranstaltung war gut besucht und führte zu einer stetigen Mitarbeit der Referentin und des Referenten.
- Im Dezember fand eine weitere parteiöffentliche Veranstaltung im gut gefüllten Sitzungssaal der Landtagsfraktion mit Prof. Dr. Perels zur Information über die Bemühungen der „Neuen Rechten“ die politischen Begrifflichkeiten und Kategorien der Demokratie in Deutschland mit neuen Inhalten in ihrem Sinne zu füllen, und damit zu einer Umdeutung der politischen Werte und Kategorien zu kommen.

Als eine - nicht unmittelbar mit der Thematik verknüpften - Folge dieser Veranstaltung hat sich der Arbeitskreis in die Diskussion um die Überschneidung des Landespresseballes mit dem nationalen Holocaust-Gedenktag eingeschaltet. Obwohl es nicht gelang die Veranstalter zum Absagen ihrer Veranstaltung zu bewegen, konnte durch Gespräche mit dem Landtagspräsidenten und den jüdischen Gemeinden auf Landes- und Bundesebene doch ein tragbarer Konsens mit vermittelt werden.

- Am 11. November 2000 wurde der schon zur Tradition gewordene jährlich Kongress des AK, diesmal mit dem Titel „**Netzwerk Jugendarbeit:** Konzepte für Toleranz und Gewaltfreiheit“ in Hildesheim durchgeführt. Mit ca. 130 Teilnehmerinnen und Teilnehmer war auch er wieder gut besucht. Ziel war es, die Wirkung der vernetzten Maßnahmen der Jugendhilfe – von „modernen

Bezirk Hannover

SPD

Zukunft in Arbeit.



Beteiligungsformen der Jugendarbeit und Jugendpolitik" und der „Stärkung ehrenamtlicher Strukturen“, über die „Prävention durch Zusammenarbeit zwischen Jugendhilfe und Schule“, bis hin zu Maßnahmen der „präventiv-aufsuchenden Jugendarbeit“ und Maßnahmen zur „Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit“ - für die Arbeit gegen eine Anfälligkeit von Jugendlichen für rechte Parolen, deutlich zu machen. Auf dem Kongress wurde eine Resolution für die Verankerung von Beteiligungsrechten von Jugendlichen in der Nds. Gemeindeordnung verabschiedet. Dass dies die Landtagsfraktion mitbewogen hat, eine solche Regelung in ihren Gesetzesvorschlag aufzunehmen, wollen wir gerne glauben.

Derzeit plant der Arbeitskreis einen weiteren Kongress im Herbst des Jahres 2001, in dem er die Chancen und Gefahren (s. o.) der derzeit überall in der Bundesrepublik bestehenden Arbeit gegen „Fremdenfeindlichkeit und Gewalt“ thematisieren will.

*Wilfried Wiedemann
Cornelius Schley
Walter Meinhold*

Arbeitsgemeinschaft 60 plus



Am 16. September 2000 wurde auf der Bezirkskonferenz der Arbeitsgemeinschaft SPD 60 plus in Hannover-Ricklingen ein neuer Vorstand gewählt. Unser langjähriger Vorsitzender Otto Graeber stand nicht mehr zur Verfügung, da er seit 1999 Bundesvorsitzender der AG SPD 60 plus ist.

Folgende Genossinnen und Genossen gehören dem Bezirksvorstand an:

<i>Vorsitzender:</i>	Lindemann , Harald	UB Hannover-Land
<i>stellv. Vorsitzende:</i>	Riegel , Frieda	UB Northeim-Einbeck
<i>stellv. Vorsitzender:</i>	Schmidt , Heinz	UB Schaumburg
<i>stellv. Vorsitzender:</i>	Dr. Steinbach , Christoph	UB Göttingen
<i>Schriftführer:</i>	Krüger , Klaus F.	UB Hannover-Land
<i>BeisitzerInnen:</i>	Beilke , Friedrich	UB Hannover-Land
	Borstorff , Hannelore	UB Hildesheim
	Dettmer , Inge	UB Hannover-Stadt
	Düsterwald , Heinz	UB Celle
	Eckstein , Inge	UB Hildesheim
	Gajke , Klaus	UB Diepholz
	Haun , Margarete	UB Hannover-Stadt
	Hause , Rosi	UB Hannover-Land
	Kordes , Hermann	UB Hameln-Pyrmont
	Leunig , Friedel	UB Hameln-Pyrmont

Lindemann , Helga	UB Hannover-Land
Medau , Horst	UB Uelzen/Lüchow-Dannenberg
Rohrig , Bruno	UB Northeim-Einbeck
Saalborn , Hans	UB Nienburg
Ziegert , Margarete	UB Harburg

Mitglieder mit beratender Stimme:

Knorr , Hans-Joachim	UB Uelzen/Lüchow-Dannenberg
Graeber , Otto	UB Northeim-Einbeck
Traupe , Paul	UB Northeim-Einbeck
Schwarzien , Manfred	UB Hannover-Stadt

Unsere turnusmäßigen Vorstandssitzungen galten inhaltlich den Vorbereitungen vieler Aktivitäten, die geplant mit Erfolg durchgeführt wurden. Vorstandsarbeit

- Einführung älterer Menschen ins Internet
Stefan Schostok, lfd. Bezirksgeschäftsführer, bietet eine gemeinsame Veranstaltung an, um es für alle AG's workshopartig zu praktizieren
- Aktionen zum Thema „Demenz“ in allen UB's mit Erstellung eines Fragebogens mit Rückmeldung.
Hierzu wird eine Großveranstaltung am 27. April 2001 in Hannover stattfinden
- Vorbereitung zum Internationalen Jahr der freiwilligen Tätigkeit „Das Ehrenamt - Ehrensache“
Dieser bundesweite Aktionstag findet am ersten Mittwoch im April, dem „Tag der älteren Generation“ in allen Unterbezirken statt
- Kommunalwahlen 2001 - brauchen wir Seniorenräte?
- Vorbereitung des Bundeskongresses 2001 am 14./15. Sept. 2001 in Hamburg
- Die Zusammenarbeit mit den anderen drei SPD AG 60 plus Bezirken in Niedersachsen findet ebenfalls statt.

Die Aufzählung kann nicht vollständig sein, gibt aber einen Einblick in die Vielfalt unserer Arbeit. Wir praktizieren Bürgernähe. Wir suchen das Gespräch und müssen uns immer wieder in den Gliederungen der Partei neu einstimmen, um Erfolge zu erzielen. Wir werben für ein Bündnis zwischen Jung und Alt. Überall übernehmen die Älteren Verantwortung, ohne danach zu fragen, wie diese bewertet wird. Wir sind für Reform und bereit und in der Lage, daran mitzuwirken.

Hier gibt es noch viel zu tun, denn nicht nur die Gesellschaft, sondern auch die Partei muss begreifen, dass es nicht ohne die Älteren möglich ist, eine sichere Zukunft zu garantieren.

Wir wollen auch in unserer dritten Lebensphase

- unser „Mehr an Freiheit“ sinnvoll ausfüllen
- etwas für uns und andere tun
- unsere Fähigkeiten und Kenntnisse einsetzen

Bezirk Hannover

SPD

Zukunft in Arbeit.



- uns neuen Herausforderungen stellen.
- unsere Erfahrungen in allen Fragen weitergeben, an die, die es auch wollen!

Wir danken allen Vorstandsmitgliedern für ihre Mitarbeit in der vergangenen Zeit und hoffen auch auf gute Zusammenarbeit in der Zukunft.

Harald Lindemann
für den Vorstand

Jusos in der SPD



Rechenschaftsbericht der Jusos 2000

Nach den großen Schwierigkeiten im Bezirk vor der Bezirkskonferenz 2000 stand der neue Bezirksvorstand vor einer Fülle an Herausforderungen wie zum Beispiel: Klärung der Bezirksfinanzen; Zusammenarbeit Bezirksvorstand – Unterbezirke; Neuanfang mit Projektarbeit. Es war festzustellen, dass der Bezirk im Jahr 2000 eine ganze Reihe von Aktivitäten und Veranstaltungen hatte, die in ihrer Vielfältigkeit in Kontrast zum Jahr vorher standen. So konnten z.B. mit der offen ausgedruckten Teilnahme auf dem Juso-Wagen auf der hannoverschen Techno-„Reincarnation-Parade“, mit Teilnahme am IUSY-Festival, mit Seminaren wie GSP oder Frauenrhetorik sehr unterschiedliche Zielgruppen angesprochen werden.

Die Mischung aus Seminaren, Veranstaltungen und Aktionen hat gezeigt, dass ein aktiver Bezirk die Arbeit der Unterbezirke unterstützen kann. So gab es z.B. eine gemeinsame Veranstaltung der Unterbezirke H-Land und H-Stadt zum Thema „Bundeswehrreform“. Nicht zufriedenstellend war die große Belastung des Bezirksvorstandes mit Fragen wie Finanzen, Struktur und Organisation. Zur Folge hatte dies, dass die inhaltliche Arbeit 2000 nicht ausreichend war.

Bezirksfinanzen	Seit einigen Jahren umfasst der Bezirkshaushalt ca. 60.000 DM. Diese Summe setzte sich aus knapp 50.000 DM öffentlicher Mittel und 10.000 DM SPD-Geldern zusammen. Aufgrund sehr hoher Altlasten durch den alten Bezirksvorstand und hoher Ausgaben für die Bezirkskonferenz 2000 standen dem neuen Vorstand anfangs nur wenige Haushaltsmittel zur Verfügung. Aufgrund der intensiven Arbeit im Juso-Bezirksvorstand fasste der SPD-Bezirksvorstand wieder Vertrauen zu den Jusos und vervierfachte den SPD-Zuschuss auf 40.000 DM. Somit war die finanzielle Handlungsfähigkeit des Bezirkes gesichert. Mit einem Jahresabschluss von 68.500 blieben die Ausgaben im Rahmen.
Kommunikation	Der internen Kommunikation dienlich waren die Medien „Echtzeit update“, „Echtzeit“, die neue Homepage und die Mailingliste. Das „Echtzeit update“ veröffentlichte neben politischen Inhalten zu aktuellen tagespolitischen Themen die rele-

vanten Termine des Juso- Bezirks. Die Echtzeit erschien dreimal in einer Auflage von 500 Exemplaren und wurde über die Unterbezirke an die Jusos vor Ort verteilt. Innerhalb der Echtzeit leisteten leider nur wenige Jusos Beiträge und auch die Einbindung von BündnispartnerInnen hat nicht ausreichend funktioniert. Um so erfreulicher, dass drei Ausgaben der Echtzeit vor der BeKo erschienen sind und sich zumindest einige Jusos daran beteiligt haben. Die Homepage des Bezirks unter www.jusos-hannover.de hat es im vergangenen Jahr nicht geschafft, die nötige Aktualität und Transparenz zu gewährleisten. Nach anfänglichen Problemen mit der Umgestaltung des Bundesverband-Layouts gelang es auch im Anschluss nicht mehr, die Seiten funktionsfähig zu gestalten. Auch die Mailingliste hat sich im vergangenen Geschäftsjahr eher dadurch ausgezeichnet, dass sie nicht funktionierte, da der Kölner Server nicht aktiv war.

In den Wochen nach der 2000er Bezirkskonferenz begann zunächst eine Mobilisierungsphase, in der gezielt die Ansprache von Jusos im SchülerInnenalter stattfand. Dadurch konnten viele neue Leute für den SchülerInnenbereich aktiviert werden.

Bezirksschüler-
Innenkoordination

Dieses war dann auch auf dem Ende Mai stattfindenden Schülertagesseminar zu erkennen. Im Oktober fand ein zweites Seminar in Lüneburg statt. Schwerpunktmäßig ging es um SV-Arbeit, sowie um die Schulstrukturdebatte.

Die darauf folgenden Wochen waren von einer breiten Mobilisierung für den BundeserschülerInnenkongress in Bochum vom 1. bis 3. Dezember und von der inhaltlichen Vorbereitung für diesen geprägt.

Zum einen sollte es sich das FrauenKOMPETENZnetzwerk um die Vernetzung junger Genossinnen im Verband bemühen und zum zweiten sollte verstärkt inhaltliche Arbeit geleistet werden. Auf dem ersten Treffen im Mai 2000 ging es vornehmlich darum, wie die Arbeit aussehen sollte: Als zentrale Aufgabe wurde deutlich die Frauen in unserem Bezirk wieder für politische Arbeit zu gewinnen und zu unterstützen (coachen). Auf den weiteren Treffen im Sommer wurden Strategien erarbeitet, um dies zu erreichen und als einen Schritt dazu veranstalteten wir das Frauenrhetorikseminar am 2./3. September.

Frauen-
KOMPETENZ-
netzwerk

Das Projekt bereitete sich im Frühjahr und Sommer 2000 auf das IUSY Festival (International Union of Socialist Youth Festival) vor. Im Juni wurde ein Wochenendseminar in Großgoltern durchgeführt, wo intensiv Themen der internationalen Politik erarbeitet wurden, die von uns auf dem Festival präsentiert werden sollten. Dies waren die Schwerpunktthemen „Internationale Frauenrechte“ und „Agenda 21“. Vom 24. bis 30. Juli 2000 nahmen wir dann am IUSY Festival in Malmö, Schweden, teil. Die hannoversche Delegation reiste mit 21 TeilnehmerInnen an. Die Ausstellung zu den internationalen Frauenrechten, die wir erarbeitet hatten, wurde im „Women's Tent“ präsentiert.

Projektbereich
„Jusos international und weltweit“

Auf dem Herbstplenum tagte das Projekt zu den Themen der internationalen Wirtschaft. Institutionen wie die WTO, IWF und Weltbank wurden vorgestellt und diskutiert, sowie die Proteste der „GlobalisierungsgegnerInnen“ in Prag und Seattle erläutert. Im Dezember fand eine weitere Veranstaltung des Projekts zum EU-Gipfel von Nizza und der EU-Osterweiterung statt. Im Bereich Antifa koordinierte das

Bezirk Hannover

SPD

Zukunft in Arbeit.



Projekt die Mobilisierung für Demonstrationen, beteiligte sich im Spätsommer an einem Bündnis gegen Rechts in Hannover, kooperierte auf Bundesebene mit dem AK Antifaschismus und stellte Kompetenzen für Wochendseminare und für Referate bereit.

GSP I und II

Am 4. und 5. November 2000 fand das Seminar zu Grundlagen Sozialistischer Politik I und II in Hannover statt.

Projekt Demokratisches Wirtschaften

Ziel des Projektes war es, einige aktuelle Entwicklungen in der Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik aufzugreifen und linke Problemlösungsvarianten zu erarbeiten. Die Aufmerksamkeit wurde in erster Linie der Tendenz zu flexibilisierten, prekären Beschäftigungsverhältnissen gewidmet.

LINKS 2000

Von großer Bedeutung für die Sozialdemokratie ist die Diskussion um ein neues SPD-Grundsatzprogramm. Wir Jusos im Bezirk Hannover haben uns im Rahmen des Projektes „LINKS 2000“ mit dem Ablauf der Debatte und eigenen inhaltlichen Positionierungen auseinandergesetzt. In den Veranstaltungen ist je ein Thema aus den Bereichen Umwelt, Informationsgesellschaft, Arbeit, Sozialstaat und Bildung diskutiert worden. Im Rahmen des LINKS 2000-Kongresses im Niedersächsischen Landtag am 25. und 26. November 2000 wurden die Ergebnisse der Vorveranstaltungen zusammengeführt und in Arbeitsgruppen intensiv Juso-Positionen zu den fünf Themen erarbeitet.

Arbeitsprogramm 2001

Auf der Bezirkskonferenz am 3./4. März 2001 verabschiedeten die Jusos ihr neues Arbeitsprogramm. Neuer Schwerpunkt der Juso-Bezirksarbeit sind die sogenannten „Action Teams“. Mit Hilfe dieser neu zusammengestellten Teams aus Mitgliedern des Vorstandes und von außerhalb soll im Rahmen von drei Regionen (Nord, West, Süd) wieder die Arbeit der Unterbezirke gestärkt werden. In den letzten Jahren hat sich gezeigt, dass in verschiedenen Bereichen des Bezirkes vor Ort Jusos kaum bzw. gar nicht mehr mit regelmäßigen Aktivitäten präsent sind. Die „Action Teams“ haben sich in einer zweimonatigen Qualifizierungsphase auf die Arbeit in den 14 Unterbezirken vorbereitet und beginnen im Frühsommer ihre Initiativen in Abstimmung mit vorhanden Juso-Aktiven bzw. sofern nicht vorhanden den SPD-Unterbezirken.

Neben den „Action Teams“ machten die Jusos am 8. März zum internationalen Frauentag eine Rosenverteilkaktion in der hannoverschen Innenstadt. Zudem wird im Moment an einem neuen Internetauftritt gearbeitet und die Fahrt ins Sommercamp auf Borkum (21.-29. Juli) sowie die gleichzeitig stattfindende Reise zum ECOSY-Camp in Ungarn vorbereitet. Im Kommunalwahlkampf wird es eigene Aktionen der Jusos geben.

Über die Arbeit des vorletzten Juso-Bezirksvorstandes bis März 2000 liegen nur noch wenige Unterlagen vor. Aufgrund des personellen Wechsels im März 2000 ist zudem Rechenschaft über die Monate vorher nicht möglich.

Matthias Hoffmann

Das Ziel ist klar – der Weg ist steinig

Gleichstellungsgesetze für behinderte Menschen in Bund und Land jetzt!

Zentraler Schwerpunkt der Arbeit der AG Behinderte in der SPD in dem vergangenen Berichtszeitraum war die Unterstützung der Aktivitäten für Gleichstellungsgesetze zugunsten behinderter Menschen. Das besondere Engagement behinderter Menschen hierfür wird u. a. daran deutlich, dass Grundlage der gesetzlichen Erörterungen auf Bundes- und Landesebene Gesetzentwürfe von behinderten Menschen selbst sind. Die Diskussion auf Bundesebene basiert auf dem Entwurf der Arbeitsgemeinschaft behinderter Juristen und die auf Landesebene auf der Initiative des Behindertenbeauftragten des Landes Niedersachsen. Hierbei wird von der AG Behinderte begrüßt, dass die SPD-Fraktion mit einem entsprechenden Entschließungsantrag ihren Willen zur Umsetzung eines Gleichstellungsgesetzes begründet hat und der Sozialausschuss des Niedersächsischen Landtages eine Anhörung zu einem Gleichstellungsgesetz durchführte. Mitglieder der AG Behinderte haben mit dazu beigetragen, dass alle vom Landtag angehörten Behindertenverbände sich für die zügige Umsetzung von Gleichstellungsgesetzen aussprachen. Stellvertretermentalitäten abbauen und die Kompetenz behinderter Menschen in allen gesellschaftlichen Belangen stärken, ist eine Botschaft von Gleichstellungsgesetzen. Hierbei handelt es sich um die Einheit von behindertenspezifischer Lebensgeschichte und Fachkompetenz, wie sie auch den Leitlinien für Behindertenbeauftragte und -beiräte der Bundesarbeitsgemeinschaft für Rehabilitation zu entnehmen sind. Anlässlich der Einweihung der barrierefreien Räumlichkeiten unseres Kurt-Schumacher-Hauses am 5. Mai 2000 - dem Aktionstag für die Gleichstellung behinderter Menschen - sprach unsere stellvertretende Bezirksvorsitzende Heidi Merk und ca. 90 behinderte Menschen trommelten zusammen mit Heino Wiese (MdB) und dem Bundesbeauftragten für die Belange behinderter Menschen Karl-Herrmann Haack für „Gleichstellungsgesetze jetzt!“

Zentraler
Schwerpunkt
„Gleichstellungs-
gesetz“

Im Rahmen des übergreifenden Themas Gleichstellung für Behinderte befassten wir uns mit der Gründung des Deutschen Behindertenrates und wirkten aktiv bei der Umsetzung des Konzepts „Lernen unter einem Dach“ der Kultusministerin Renate Jürgens-Pieper mit. Des Weiteren beteiligten wir uns an der Diskussion um die Zukunft der Landesbildungszentren sowie an der Kontroverse „Erhalten Schwerstbehinderte weiterhin Hilfe zur Eingliederung oder Hilfe zur Pflege?“ Ebenfalls beteiligten wir uns sowohl mit eigenen Anträgen als auch mit Beiträgen zu den Kommunal- und Regionalwahlprogrammen an der Programmatik der Partei. Ein für uns behinderte Menschen wichtiger Programmpunkt der Kommunalwahl 1996 ist jetzt eingelöst: Hannover hat die Stelle einer kommunalen Behindertenbeauftragten geschaffen und mit Andrea Hamann ist sie auch mit einer Person besetzt, die Mitglied unserer AG ist. Aktiv begleitet haben wir auch die Diskussionen um die Novellierung des Schwerbehindertengesetzes und die sich hieraus ergebenden Chancen und Risiken für behinderte Menschen sowie der barrierefreien Gestaltung der EXPO in Hannover. Hier sind wir besonders stolz darauf, dass dank des Engagements behinderter Menschen die EXPO die erste barrierefreie Großausstellung der Welt wurde und somit weltweit Akzente gesetzt hat. Ohne uns behinderte Menschen und vieler Unterstützer, auch den EXPO-Mitarbeitern direkt, wäre dies nicht möglich gewesen. Unterstützung haben wir hierbei auch von den Spitzen von Land und

Konzept
„Lernen unter
einem Dach“

Bezirk Hannover

SPD

Zukunft in Arbeit.



Verankerung
neuer
Behinderten-
und Sozial-
politik

Stadt, Ministerpräsident Sigmar Gabriel und Oberbürgermeister Herbert Schmalstieg, erfahren. Sie haben noch nach dem Start der EXPO darauf hingewirkt, dass Schwerbehinderte, die bei ihrer eigenständigen Lebensführung auf Begleitpersonen angewiesen sind, nicht doppelt zahlen müssen, sondern vom Eintrittsgeld für die Begleitperson befreit wurden. Außerdem haben wir uns auch zusammen mit Selbsthilfegruppen für den barrierefreien ÖPNV in der Region Hannover erfolgreich eingesetzt. Eine besondere Initiative ist jetzt von uns ausgegangen: Wir haben Minister Thomas Oppermann ersucht, einen Lehrstuhl „Pädagogik für autistische Menschen“ einzurichten. Einen entsprechenden Lehrstuhl gibt es bundesweit noch nicht. Niedersachsen würde hier behindertenpolitisch einen wichtigen Akzent für diesen vernachlässigten Personenkreis setzen.

Für uns behinderte Menschen heißt es: Alle Gleichstellung ist nichts, wenn das Lebensrecht behinderter Menschen in Frage gestellt ist. Aufgrund dessen haben wir in den vergangenen Jahren die laufende Ethik – und die damit verbundene Lebensrechtsdiskussion engagiert vorangetrieben und auf den jeweiligen Ebenen gegen eine Trennung von Mensch und Person und für den Erhalt eines einheitlichen Menschenbildes gekämpft. Mit zwei Mitgliedern des Unterbezirks Hannover-Stadt und einem Mitglied des Bezirksvorstandes ist die Kompetenz behinderter Menschen auf diesen Ebenen gleichberechtigt integriert; ein positives Signal, welches das Verständnis von Behinderten- und Sozialpolitik im Bezirk Hannover kennzeichnet und anderen Parteigliederungen nur empfohlen werden kann. Für die jetzt neu geschaffene Region Hannover ist aus Sicht von uns behinderten Menschen selbstverständlich: Neue Behinderten- und Sozialpolitik sollte in der Region vom Start an fest verankert sein und durch eine besondere Stelle eines Gleichstellungsbeauftragten auch in der konkreten Teilhabe als politisches Signal verankert werden. Von der AG Behinderte im Bezirk Hannover gehen weiterhin bundesweit politische Signale aus. Unser Ziel bleibt es, diejenigen, die ihre Identität oder Funktion aus einem Stellvertreterverständnis ableiten, zu bewegen, diese Mitwirkungsfelder der Kompetenz behinderter Menschen selbst zu überlassen und „in ein gleichberechtigtes Zusammenarbeiten auf Augenhöhe“ zu überführen. Wir danken dem Bezirk Hannover bei seiner Unterstützung eines bundesweiten Zusammenschlusses behinderter Menschen. Paradigmenwechsel in der Behindertenpolitik heißt: Politik aus dem Blickwinkel behinderter Menschen gestalten. Folgen wir den Aussagen unseres ehemaligen Bundeskanzlers Willy Brandt und unseres derzeitigen Ministerpräsidenten Sigmar Gabriel mit den Botschaften „Mehr Demokratie bzw. mehr Politik wagen!“ Wir behinderte Menschen sind zum Mitgestalten bereit.

Karl Finke

Bildungskommission

Dem Bezirksvorstand und der Bildungskommission ist es gelungen, die Bildungsarbeit durch organisationspolitische Beschlüsse als eine der wesentlichen Dienstleistungen des Bezirks für Mitglieder, Ortsvereine und Unterbezirke zu entwickeln und auszubauen. Dies zeigt sich u.a. auch dadurch, dass die Zahl der angebotenen Seminare um fast 20 Prozent gegenüber den vergangenen zwei Jahren gesteigert werden konnte.

Drei wichtige Faktoren spielten dabei eine besondere Rolle:

- Die HVHS Springe, in der die meisten Seminare stattfinden, konnte durch umfangreiche Umbau- und Renovierungsarbeiten zu einem modernen Bildungs- und Tagungszentrum umgewandelt werden. Die Tagungs- und Seminarräume entsprechen jetzt den heutigen Anforderungen an eine moderne, auf die Teilnehmenden und Kundeninteressen ausgerichtete Einrichtung. Die Gäste werden fast ausschließlich in modernen Einzelzimmern untergebracht. Die Umgestaltung der Speisesäle, der Neubau des Bistros und der Aufenthaltsräume tragen sicher auch zur gesteigerten Nachfrage bei. Die Weiterentwicklung der Serviceorientierung ergänzt die baulichen Maßnahmen.
- Die politischen Beschlüsse des Bezirksvorstandes mit der Bereitstellung der für die Bildungsarbeit notwendigen Mittel und die positive Darstellung der Bildungsarbeit als integrierter Bestandteil politischer Arbeit und Organisationsentwicklung haben große Bedeutung.
- Die neu entwickelten Kooperationen insbesondere im Bereich kommunalpolitischer Bildungsarbeit, die mit den Umbaumaßnahmen erst möglich wurden, über die Bezirksgrenzen hinaus erweitert den Kreis der Interessierten, der Nachfragenden und der Teilnehmenden.

Die neue Niedersächsische Kommunalverfassung hat die Partei mit der Direktwahl von Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern vor neue Herausforderungen gestellt. Dies betrifft sowohl die Frage der Auswahl geeigneter Bewerberinnen und Bewerber als auch deren Qualifizierung und Fortbildung.

Die Bildungskommission hat zusammen mit dem Bildungs- und Tagungszentrum Springe und der SGK erste Seminare zur Entscheidungsfindung für mögliche Bewerberinnen und Bewerber angeboten. Ein Qualifizierungskonzeptes wurde erarbeitet und die notwendigen Seminare für BewerberInnen, Kandidatinnen und Kandidaten für das Amt der eingetragenen BürgermeisterInnen angeboten.

Aus dieser Kooperation entwickelte sich die Kommunale Akademie Niedersachsen, die jetzt diese Veranstaltungen anbietet. Die große Nachfrage aus allen Teilen Niedersachsens zeigt, dass dieser Weg der Kooperation bei einem qualifizierten und differenzierten Angebot richtig ist. Ein Kuratorium mit Vertretern der Kommunalpolitik und des öffentlichen Lebens aus ganz Niedersachsen wird die inhaltliche Arbeit begleiten und beraten.

Die Angebote der KAN wenden sich nicht nur an BürgermeisterInnen, sondern auch an KommunalpolitikerInnen, es will auch eine Schnittstelle zwischen Politik und Verwaltungen werden.

Die bisher erfolgreichen Angebote

- „Politik und Management“ für Fraktionsvorstandsmitglieder
- „Grundlagen der Kommunalpolitik“ für neue RatskandidatInnen

KAN
Kommunale Akademie
Niedersachsen

Bezirk Hannover

SPD

Zukunft in Arbeit.



– „Kommunalpolitische Aufbau-seminare“ für Ratsmitglieder zu verschiedenen Themen der Ratsarbeit werden fortgesetzt. Daneben werden kommunalpolitische Tagungen stattfinden, die diese Arbeit ergänzen.

Die Seminarreihe **Führung und Verantwortung** als Angebot für Vorsitzende und Vorstandsmitglieder von Ortsvereinen bleibt weiterhin einer der Schwerpunkte und damit ein besonders wichtiges Element von Organisationsentwicklung. Sie wurde mit ihrem regionalisierten Angebot ständig weiterentwickelt und findet jetzt bereits zum neunten Mal statt. Dieses Angebot wird natürlich fortgesetzt; schon jetzt liegt eine Reihe von Anfragen für weitere Seminare vor.

Die Seminare für **Neue Mitglieder** bleiben weiter wichtig. Die Nachfrage übersteigt die zur Verfügung stehenden Plätze. Die Neueingetretenen sind an diesem Angebot sehr interessiert. Für viele erleichtert die Teilnahme an einem solchen Seminar den Einstieg in die Parteiarbeit. Viele von ihnen nehmen danach an weiteren Seminaren teil und begegnen uns bald als aktive Funktionäre ihrer Gliederung. Die in manchen Ortsvereinen und Unterbezirken stattfindenden Veranstaltungen für neu eingetretene Mitglieder sind eine sinnvolle Ergänzung.

Workshops vor Ort, Beratung und Hilfe bei der Durchführung von **Seminaren von Ortsvereinen** waren weitere dezentralisiert durchgeführte Tätigkeiten von Bildungssekretär und -kommission. Vielfach wurde auch Hilfestellung bei der Abwicklung eigener Seminare geleistet. Hierzu gehört neben der Beratung für inhaltliche Konzepte auch die Hilfestellung bei der Organisation und Abwicklung oder die Vermittlung geeigneter Referenten und Teamer.

Die Vorreiterrolle des Bezirks Hannover in der Bildungsarbeit, die sich in Projekten wie Kommunale Akademie, „Führung & Verantwortung“ oder „Teamer-Training“ zeigt, wird noch einmal dadurch hervorgehoben, dass das Projekt „Führung & Verantwortung“ als „Train the Trainer“-Ausbildung vom Parteivorstand angeboten, bei anderen Bezirken auf großes Interesse stößt.

Das **Programm Politische Bildung** umfasst weiter eine breite Palette von politischen Themenbereichen, es wurden im Berichtszeitraum 22 3-Tage-, 5-Tage- und Wochenseminare und 63 Verlängerte Wochenend- und Wochenendseminare und Seminare Freitag/Samstag angeboten. An diesen Seminaren haben ca. 2.200 Genossinnen und Genossen teilgenommen.

Viele Funktionäre und die Teilnehmerinnen und Teilnehmer, die die Bildungsarbeit als einen wesentlichen Teil der politischen Arbeit des Bezirks ansehen, haben durch ihre Beurteilung der Qualität und der Bedeutung der Bildungsarbeit für ihre eigene politische und persönliche Entwicklung einen positiven Akzent gesetzt.

Der Dank gilt allen, die als Ehrenamtliche die Arbeit sorgfältig geplant und/oder in den Bildungsveranstaltungen durchgeführt haben.

Stefan Schostok, (Vorsitzender); Mechthild Brandt, Daniel Dunkhase, Egmont Eckardt, Elke Heims, Detlev von Larcher, Klaus Lemme, Gabriele Lösekrug-Möller, Miriam Nolting, Franziska Schwarz, Gerd Schumacher, Ulf Trombach, Norbert Voß, Erika Huxhold, Hansjörg Schell (Bildungssekretär).

Stefan Schostok

Bundeswehr und SPD

Die Arbeit im AK Bundeswehr/SPD hatte, wie im letzten Rechenschaftsbericht angekündigt, den Schwerpunkt Bundeswehrreform. Mehrere Veranstaltungen im Landtag u.a. mit Bundestagsabgeordneten Kurt Palis sowie Vorträge des Vorsitzenden vor Ortsvereinen informierten über den jeweiligen stand der Reform ebenso wie über die Schwierigkeiten der Realisierung.

Fazit:

- die Reform ist dringend notwendig, weil die bisherige Gliederung der Bundeswehr zwar für den kalten Krieg gut war, den heutigen und zukünftigen Aufgaben jedoch nicht mehr gerecht wird.
- die Realisierung leidet bereits jetzt an Geldmangel und einem besorgniserregenden Einbruch bei den Bewerbungen für den freiwilligen dienst in der Bundeswehr. Ob die geplanten Veräußerungen von Bundeswehrliegenschaften sowie ein Attraktivitätsprogramm den erhofften Durchbruch bringen, ist zweifelhaft.
- das bei vielen Soldaten gesunkene ansehen Rudolf Scharpings erleichtert die Reform nicht.
- eine Erkenntnis aus den Vorträgen vor Ortsvereinen den meisten Bürgern ist der Grund für eine Reform, die besonders in Garnisonsstädten zu Belastungen führt, nicht klar.

In Zukunft soll wieder mehr die Sicherheitspolitik im Mittelpunkt der Arbeit des Arbeitskreises stehen.

Eckard Jantzen

Hochschule und Wissenschaft

Hochschul- und Wissenschaftspolitik führen im Bezirk Hannover kein Schattendasein mehr. Das vor drei Jahren gegründete Wissenschaftsforum der Sozialdemokratie im Bezirk Hannover e.V. bietet eine breite und viel genutzte Plattform für die Diskussion aktueller hochschul- und bildungspolitischer Themen. Mit mittlerweile mehr als 60 Mitgliedern und weiteren 250 Interessierten hat das Wissenschaftsforum unseres Bezirks eine wichtige Funktion innerhalb der bildungspolitischen Diskussion in Niedersachsen eingenommen. Durch unsere Veranstaltungen erreichen wir eine breite Beteiligung von politischen SympathisantInnen, die (noch) nicht Mitglied unserer Partei sind, aber großes Interesse an einem bildungspolitischen Diskurs haben. Die weit über die Grenzen unseres Bezirks hinausgehende positive Resonanz auf die Arbeit des Wissenschaftsforums (zahlreiche Interessierte kommen aus den anderen niedersächsischen Bezirken zu unseren Veranstaltungen) hat dazu geführt, dass auch in den anderen Bezirken Gründungen von Wissenschaftsforen in Vorbereitung sind bzw. wie in Braunschweig vor kurzem durchgeführt wurden.

Die Arbeit des Wissenschaftsforums gliedert sich in verschiedene inhaltliche Schwerpunkte, zu denen Arbeitsgruppen gebildet wurden. Ein besonderer Schwerpunkt stellte in den letzten beiden Jahren die Vorbereitungen für ein neues Niedersächsisches Hochschulgesetz dar. Noch dieses Jahr soll ein Gesetz verabschiedet werden, das nicht einfach Altes – leicht verändert – fortschreibt, sondern unsere

Zukunft in Arbeit.

Bezirk Hannover

SPD



Diskussions- veranstaltungen

Hochschulen grundlegend reformiert. Damit im neuen Gesetz demokratische Mitbestimmung und Mitwirkung aller Hochschulangehörigen nicht auf der Strecke bleiben, ist unser Engagement gefragt.

Die von Gabi Andretta geleitete Arbeitsgruppe „Hochschulreform“ führte insgesamt sechs Diskussionsveranstaltungen durch:

- „Chancen der Hochschulreform für Frauenförderung“ mit Dr. Dorothea Mey, Frauenbeauftragte der Universität Göttingen
- „Einführung in das Reformprojekt NHG“ mit Wolfgang Domröse, hochschulpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion
- „Stellungnahme der Landeshochschulkonferenz zum NHG“ mit Prof. Donner, Präsident der Uni Lüneburg und Vorstandsmitglied der LHK
- „Verhältnis Hochschulen-Staat, Neuorganisation der Entscheidungsebenen“ mit Prof. Kern, Präsident der Universität Göttingen und dem Ministerium für Wissenschaft und Kultur
- „Vorstellung des NHG-Referentenentwurfs“ mit Dr. Uwe Reinhardt, Staatssekretär im Ministerium für Wissenschaft und Kultur
- „Stellungnahme des DGB zum NHG“ mit Christoph Kusche und Ulf Birch, hochschulpolitischer Arbeitskreis des DGB Niedersachsen

Weitere Veranstaltungen fanden zu folgenden Themen statt:

- „Soziale Situation der Studierenden und die Reform des BAföG“ mit zahlreichen ReferentInnen aus dem Bereich der studentischen Sozialpolitik
- „Reform des Hochschuldienstrechts“ mit Dr. Peter Eckardt, MdB
- „Neue Jobs im Dienstleistungssektor“ mit Prof. Martin Baethge, Dr. Norbert Kania und Gerd Andres, MdB

1. Hochschultag



Vorbereitet wird zur Zeit der 1. Hochschultag der SPD im Bezirk Hannover, der gemeinsam mit dem Wissenschaftsforum im Rahmen der „Hochschulinitiative“ des Bundesparteivorstandes in Zusammenarbeit mit dem DGB Niedersachsen/Bremen und den Juso-Hochschulgruppen organisiert wird. Der Hochschultag soll, neben der Diskussion aktuell bildungspolitischer Themen, Gelegenheit bieten, die gesamte Bandbreite hochschulpolitisch Handelnder aus der Sozialdemokratie bzw. ihr nahestehender Organisationen kennenzulernen. Als Hauptreferentin wird Bundesbildungsministerin Edelgard Bulmahn den Hochschultag eröffnen. Wird der Hochschultag ein Erfolg, soll er jedes Jahr – an wechselnden Hochschulstandorten im Bezirk – stattfinden.

Abschließend lässt sich festhalten, dass durch die Gründung und Arbeit des Wissenschaftsforums die Zusammenarbeit und der Austausch zwischen Partei und WissenschaftlerInnen, Beschäftigten der Hochschulen und Studierenden deutlich verbessert werden konnte. Nicht zuletzt wurde auch das Engagement unseres Bezirks gegen die Einführung von Langzeitstudiengebühren und die geplante Abschaffung der Verfassten Studierendenschaft im NHG in den Hochschulen positiv aufgenommen.

Gabi Andretta

(verantwortlich im BV für Hochschulpolitik und stellvertretende Vorsitzende des Wissenschaftsforums)

Kommunalpolitischer Arbeitskreis (KAK)

Die Mitglieder des Kommunalpolitischen Arbeitskreises (KAK) sind:

Mitglieder

Dr. v. Borcke, Rüdiger
Heims, Elke
Jagau, Hauke
Dr. Lemme, Klaus-H.
Lösekrug-Möller, Gabriele
Somfleth, Brigitte
Voss, Hans-Jörg (Geschäftsführer),
Wachs, Michael
Watermann, Ulrich (Sprecher) und
Wolff-Gebhard, Ulrike

Die Mitglieder des Kommunalpolitischen Arbeitskreises treffen sich in unregelmäßigen Abständen, um vorrangig aktuelle kommunalpolitische Themen zu behandeln. Dieses waren u. a. die Kommunalpolitischen Richtlinien des Bezirks, die Quotenregelung zur Kommunalwahl und die Arbeit der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik (SGK). Weitere Themen waren die Vorbereitung des Kommunalpolitischen Seminars in Springe, Kommunalpolitische Konferenzen in den Unterbezirken sowie die Änderung der NGO und NLO. Heino Wiese informierte in einer Sitzung über die Vorbereitung des Landesverbandes zur Kommunalwahl. Seit Oktober 2000 nehmen von den Unterbezirken benannte SGK-Beauftragte an den Sitzungen des Kommunalpolitischen Arbeitskreises teil. Über diese soll versucht werden, Werbung für die SGK in den Unterbezirken zu machen.

Schwerpunkte

Die SGK-Beauftragten der Unterbezirke sind:

Schwarzkopf, Michael (UB Celle),
Weidemann, Holger (UB Diepholz),
Meyer, Hanno (UB Göttingen),
Watermann, Ulrich (UB Hameln-Pyrmont),
Kühne, Hans-Georg (UB Hannover-Land und Hannover-Stadt),
Feindt, Klaus-Dieter (UB LK Harburg),
Dettmer, Wolfgang-Jürgen (UB Hildesheim),
Voss, Hans-Jörg (UB Holzminden),
Nahrstedt, Manfred (UB Lüneburg),
Prüfer, Horst (UB Nienburg),
Oltmanns, Katja (UB Northeim-Einbeck),
Ilseemann, Eckhard und **Poßin**, Simone (UB Schaumburg) und
Dr. Meyer, Dieter (UB Uelzen/Lüchow-Dannenberg).

SGK-
Beauftragte
der Unterbe-
zirke

Auf Anregung des Kommunalpolitischen Arbeitskreises fanden in der Zeit von März 2000 bis Oktober 2000 in neun Unterbezirken Kommunalpolitische Konferenzen statt (siehe folgende Seite). Verschiedene Referenten referierten zu kommunalpolitischen Themen. Es wurden aber auch die Kommunalpolitischen Richtlinien und die Gleichstellung behandelt. Dabei wurde auch Werbung für die SGK gemacht.

Vom 2. bis 3. Juni 2000 fand in der Heimvolkshochschule Springe ein Wochenendseminar zur Erarbeitung der Kommunalpolitischen Leitlinien mit verschiedenen ExpertInnen statt. Das Thema „Kommunale Dienstleistungen“ wurde in einer Ver-

Bezirk Hannover

SPD

Zukunft in Arbeit.



anstellung am 13. Juli 2000 behandelt. Dort gaben Vertreter der Firma CONTEC Erfahrungen aus der Wirtschaft, Denkanstöße für zukünftige Politik und ihre Wege.

Ulrich Watermann, MdL
Sprecher

Hans-Jörg Voss
Geschäftsführer

Kommunal- politische Konferenzen 2000

Unterbezirk	Termin/Uhrzeit	Begrüßung	Kommunalpol. Thema, Referent
Holzminden	22.3.2000, 18.00 Uhr	Walter Waske, UB-Vorsitzender	Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung Hauke Jagau
Hannover-Land	15.5.2000, 19.00 Uhr	Heinrich Aller, UB-Vorsitzender	Aufgaben und Stellung der Region 2001, Werner Lichtenberg
LK Harburg	22.5.2000, 19.00 Uhr	Hans-Dieter Feindt, UB-Vorsitzender	Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung Hauke Jagau
Hameln-Pyrmont	24.6.2000, 14.00 Uhr	Gabriele Lösekrug-Möller, UB-Vors.	
Hannover-Stadt	26.6.2000, 17.30 Uhr	Manfred Müller UB-Vorsitzender Herbert Schmalstieg, OB	Aktuelle Entwicklung, Stefan Weil Aufgaben und Stellung der Region 2001, Werner Lichtenberg
Northeim-Einbeck	8.7.2000, 10.00 Uhr	Uwe Schwarz, UB-Vorsitzender	Die Zukunft der Kommunen und ihre Finanzierbarkeit, Heiner Bartling
Nienburg	5.10.2000, 19.00 Uhr	Elke Tonne-Jork, UB-Vorsitzende	Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung, Stefan Schostok
Diepholz	6.10.2000, 17.00 Uhr	Rolf Kramer, UB-Vorsitzender	Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung, Landrats- kandidat Gerhard Stölzel
Hildesheim	7.10.2000, 9.30 Uhr	Elke Heims, UB-Vorsitzende	Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung Hauke Jagau
Schaumburg	6.10.2000, 18.00 Uhr	Heiner Bartling, UB-Vorsitzender	Unsere Bilanz ist unser Programm, Eckhard Ilseemann

Unterbezirk	Organisationspol. Themen z. Kommunalwahl/ Vorstellung und Werbung SGKReferent
Holzminen	Organisationspol. Themen Vorstellung SGK, Hans-Jörg Voss
Hannover-Land	Mehr Frauen in die Kommunalpolitik, Birgit Menzel, Gleichstellungskommission des Bezirks Hann.
LK Harburg	Kommunalwahl 2001, Ulrich Watermann
Hamel-Pyrmont	Kommunalwahl 2001, Ulrich Watermann u. a.
Hannover-Stadt	Gleichstellung, Birgitt Menzel
Northeim-Einbeck	UB-Parteitag
Nienburg	Kommunalwahl 2001, Werbung für die SGK, Ulrich Watermann Gleichstellung, Birgitt Menzel
Diepholz	Kommunalwahl 2001, Werbung für die SGKK, Ulrich Watermann
Hildesheim	Kommunalwahl 2001, Kommunalpol. Leitlinien, Kommunalpol. Richtlinien, Gleichstellung, Stefan Schostok Werbung für die SGKK, Harry Dillner
Schaumburg	Kommunalpolitische Leitlinien des Bezirks, Aufgaben und Möglichkeiten der SGK, Dr. Klaus-H. Lemme Schlusswort, Landrat H.-Gerh. Schöttelndreier

Kommunal-
politische
Konferenzen
2000

Bezirk Hannover

SPD

Zukunft in Arbeit.



Gesprächskreis Kirche und SPD

Engagement
stiftet
Zusammenhalt

1.

Der Gesprächskreis SPD und Kirche besteht im Bezirk Hannover seit fast 30 Jahren und bringt Menschen zusammen, die sich gleichermaßen als ChristInnen und als SozialdemokratInnen verstehen und gesellschaftlich engagieren. Die Mitglieder begreifen sowohl die Kirchen als auch die Partei als Gestaltungsräume für Reformprojekte, die sich gegenseitig befruchten können und ergänzen müssen.

2.

Der Gesprächskreis wird von einem Vorbereitungskreis geleitet, der ca. 30 Personen umfasst. Die meisten Mitglieder sind beruflich in der Kirche tätig und engagieren sich ehrenamtlich in Gremien der Partei. Dabei sind die beiden großen Kirchen überdurchschnittlich vertreten – fast alle Mitglieder des Vorbereitungskreises gehören entweder der römisch-katholischen Kirche oder der Ev.-luth. Landeskirche Hannovers an. SprecherInnen des Vorbereitungskreis sind Hildegard Minthe aus Hannover–Mühlenberg, Benno Haunhorst aus Osnabrück und Bernd Lange MdEP aus Burgdorf. Die Geschäftsführung liegt im Europabüro. Es besteht ein enger Arbeitszusammenhang mit dem zuständigen Referenten bei Parteivorstand in Berlin, Burkhard Reichert.

3.

Der Gesprächskreis lädt regelmäßig zu Diskussionsveranstaltungen ein. Ziel ist es dabei, Themen mit gesellschaftspolitischer Relevanz, die gleichermaßen in kirchlichen Kreisen wie in der Partei virulent sind, mit kompetenten ReferentInnen zu vertiefen. Im Berichtszeitraum wurden folgende Veranstaltungen geplant und durchgeführt:

- Die Schöpfung ist nicht unerschöpflich – sozialökologische Politik in unserer Zeit

9. Oktober 1999, mit Monika Griefahn MdB und Dr. Andreas Lienkamp (Kath. Akademie Die Wolfsburg, Mülheim/R.)

- Neue Sicherheitspolitik und christliche Friedensethik

4. März 2000, mit Prof. Egon Bahr und Dr. Gerhard Beestermöller (Institut Theologie und Frieden, Hamburg)

- Politik verantwortlich gestalten - Beiträge zur Programmdiskussion der SPD März – Dezember 2001, u.a. mit Ministerpräsident Sigmar Gabriel und Weihbischof Prof. Dr. Reinhard Marx

4.

Der Gesprächskreis beteiligt sich am Gemeinschaftsstand sozialdemokratischer Gruppierungen beim 29. Deutschen Evangelischen Kirchentag, der vom 13. – 17. Juni 2001 in Frankfurt am Main stattfindet.

Schulpolitische Kommission

Die Schulpolitische Kommission des Bezirks Hannover hat insgesamt zwölf Sitzungen in Hannover durchgeführt. Die Zahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer betrug durchschnittlich 16. Damit war gewährleistet, dass alle Unterbezirke regelmäßig vertreten waren. Deshalb soll an dieser Stelle allen gedankt werden, die die nicht unerheblichen Fahrzeiten in Kauf genommen haben, um an der inhaltlichen Arbeit aktiv teilzunehmen.

Die Themen reichten von „Kopfnoten“, Abschlussprüfungen im Sekundarbereich I, Berufsbildende Schulen, Lernen unter einem Dach, Zukunft der Orientierungsstufe und Vorschlag zur zukünftigen Schulstruktur in Niedersachsen.

Themen

Schwerpunkt der inhaltlichen Auseinandersetzungen waren seit April 2000 die Äußerungen des Ministerpräsidenten Sigmar Gabriels zur Orientierungsstufe und sein Vorschlag zur zukünftigen Schulstruktur vom August 2000. Die Schupoko hat dazu ein Thesenpapier mit dem Titel „Qualitätsentwicklung der Orientierungsstufe in Niedersachsen“ verfasst, einen Entwurf zum Strukturvorschlag Sigmar Gabriels erarbeitet und nach Erörterung im Bezirksvorstand in die innerparteiliche Debatte gegeben. Ebenso wurden sie der Landtagsfraktion und dem Kultusministerium zur Information und Diskussion zur Verfügung gestellt.

Des weiteren organisierte die Schupoko zusammen mit den Unterbezirken im Auftrag des Bezirksvorstandes drei Veranstaltungen zur Schulstruktur im nördlichen, westlichen und südlichen Bereich des Bezirks Hannover.

Die Arbeit der Schupoko an den beiden zuletzt genannten Themen, die für erheblichen Wirbel gesorgt haben, stand unter dem Motto „solidarisch und kritisch“ begleiten und produktiv verarbeiten.

Erfolge der Landespolitik hängen auch vom Gelingen in der Schulpolitik ab. Die Schupoko will dazu ihren Beitrag leisten. Wie ein solches Gelingen aussehen kann, ist am Beispiel der VERLÄSSLICHEN GRUNDSCHULE gut ablesbar: nach einer intensiven Dialogphase folgte die auch von der Partei vor Ort mitgetragene Umsetzungsphase. Dem vorausgegangen war der Bildungsparteitag von 1997 in Braunschweig und der fast einstimmige (eine Gegenstimme) Beschluss der Landtagsfraktion 1999 in Wilhelmshaven, als die VERLÄSSLICHE GRUNDSCHULE zum zentralen Reformprojekt dieser Legislaturperiode erklärt wurde.

Für die Schupoko

Marie-Luise Hemme

Walter Meinhold

Bezirk Hannover

SPD

Zukunft in Arbeit.



Arbeitskreis Tierschutz

Der Arbeitskreis Tierschutz hat ca. 20 Mitglieder, davon sind ca. zehn bis zwölf ständig aktiv dabei. Der AK trifft sich einmal monatlich, bei den letzten Treffen ging es um folgende Themen, hier eine Auswahl:

Themen

- 4. September 1999:
Berichte vom Zoo-Projekt und Besuch der TiHo Hannover, Vorbereitung Besuch im Gut Ruthe, Kampfhunde-Initiative, Legehennenhaltung.
- 6. November 1999
Nachbereitung des Besuchs auf Gut Ruthe, Infoveranstaltung zur Legehennenverordnung.
- 11. Dezember 1999
Infoveranstaltung zur Legehennenverordnung, Verleihung des Tierschutzpreises 1999, Staatszielbestimmung im Grundgesetz, Kampfhundeinitiative.
- 5. Februar 2000
Berichte und Diskussionen zu Nieders. Tierschutzsymposion, Legehennenverordnung, Tierschutzpreis 1999, Staatszielbestimmung Tierschutz, Kampfhundeinitiative.
- 29. März 2000
Berichte und Diskussion über Nieders. Tierschutzsymposion, Wanderzirkusse, Tagung „Zoo-Kunft“, Kampfhundinitiative.
- 10. Mai 2000
Berichte und Diskussion Tagung „Zoo-Kunft“, Finanzielle Situation der Tierheime, Zusammenarbeit mit der LAG „Mensch und Tier“.
- 13. Dezember 2000
Berichte und Diskussionen über die Situation nach In Kraft Treten der Nieders. Gefahrtierverordnung sowie über Schweinehaltung.
- 24. März 2001
Berichte und Diskussionen über die Situation nach In Kraft Treten der Nieders. Gefahrtierverordnung sowie über den Ministerwechsel Funke/Künast als Chance für den Tierschutz.
- 21. Februar 2001
Berichte und Diskussionen über momentanen Stand der GefTVO, Zoo-Kunft Tagung, Derzeitiger Stand der neuen Landwirtschaftspolitik, Planung von Exkursionen.
- 14. März 2001
Berichte und Diskussionen über die Zoo-Kunft Tagung, Derzeitiger Stand der neuen Landwirtschaftspolitik, Planung von Exkursionen sowie einer eigenen Internetseite.

Die nächsten Sitzungen finden statt am:

- 16. Mai 2001, Thema: Die Situation zu BSE und MKS.
- 13. Juni 2001, Thema voraussichtlich: Alternativen zu Tierversuchen.

Außer den planmäßigen Sitzungen wurden folgende Besuche und Aktionen durchgeführt:

- 30. Oktober 1999
Besuch des Lehr- und Forschungsguts der TiHo in Ruthe, u.a. wegen der Legehennenhaltung.
- 2000
Gespräch mit Dr. Engel über den Wandel des Hannoverschen Zoos.
Besuch der TiHo Hannover, Besichtigung der Versuchstieranlagen.
- 2000 und 2001
Besuch der Internationalen Fachtagung Zoo-Kunft durch Herrn Habel vom AK Tierschutz.
- 5. Mai 2001
Gespräch mit Dr. Engel und Dr. Seidler im Zoo Hannover über die Sicherheit von Zootieren und -Besuchern sowie Schutz der Zootiere vor MKS.

Außerdem wurden Briefe an Minister Funke, Ministerin Künast, Commissioner David Byrne und Ministerin Winberg verfasst sowie Unterschriftenaktionen zu Tiertransporten, Schweinehaltung, Änderungen des Tierschutzgesetzes sowie der EU-Verordnungen initiiert. An den SPD-Bezirk Hannover haben wir einen Antrag zur Änderung der Landeshundeverordnungen gerichtet.



Abgeordnete des SPD-Bezirks Hannover



Niedersächsi-
scher Landtag

WK	Name, Vorname	Wohnort	Ausschussbesetzung
45	Aller , Heinrich	Seelze	Nds. Finanzminister, ständiges Mitglied des Bundesrates
21	Andretta , Dr. Gabriele	Göttingen	Wissenschaft und Kultur
47	Bartling , Heiner	Rinteln	Nds. Innenminister
32	Buß , Werner	Giesen	Bundes- und Europaangelegenheiten, Häfen und Schifffahrt
31	Conrady , Elisabeth	Hildesheim	Gleichberechtigung und Frauenfragen, Wissenschaft und Kultur
	Dehde ¹ , Klaus-Peter	Neu Darchau	Freizeit, Tourismus und Heilbäderwesen, Gleichberechtigung und Frauenfragen, Medienfragen
39	Elsner-Solar , Christa	Hannover	Sozial- und Gesundheitswesen, Rechts- und Verfassungsfragen
23	Endlein , Axel	Northeim	Innere Verwaltung
43	Fischer , Dr. Peter	Langenhagen	Haushalt und Finanzen
64	Harden , Uwe	Drage	Innere Verwaltung, Städtebau und Wohnungswesen
50	Hemme , Marie-Luise	Nienburg	Jugend und Sport, Gleichberechtigung und Frauenfragen
63	Inselmann , Uwe	Lüneburg	Wissenschaft und Kultur, Umweltfragen
38	Jüttner , Wolfgang	Hannover	Nds. Umweltminister
29	Lanclée , Jürgen	Alfeld	Innere Verwaltung, Präsidium
37	Leuschner , Sigrid	Hannover	Verwaltungsreform und öffentliches Dienstrecht, Haushalt und Finanzen
34	Meinhold , Walter	Hannover	Kultusausschuss
33	Merk , Heidi	Hannover	Enquete-Kommission
46	Mientus , Udo	Barsinghausen	Bundes- und Europaangelegenheiten Jugend und Sport
28	Nolting , Klaus	Hameln	Bundes- und Europaangelegenheiten, Medienfragen
22	Oppermann , Thomas	Göttingen	Minister für Wissenschaft und Kultur
36	Plaue , Axel	Hannover	Fraktionsvorsitzender, Ältestenrat
48	Reckmann , Alfred	Nienstädt	Medienfragen, Umweltfragen
51	Schlüterbusch , Günter	Sulingen	Sozial- und Gesundheitswesen Rechts- und Verfassungsfragen

Abgeordnete des SPD-Bezirks Hannover

26	Schultze , Wolfgang	Pattensen	Wirtschaft und Verkehr
52	Schumacher , Heinfried	Syke	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Gleichberechtigung und Frauenfragen
62	Schurreit , Wolfgang	Kirchgellersen	Wirtschaft und Verkehr
24	Schwarz , Uwe	Bad Gandersheim	Sozial- und Gesundheitswesen, Ältestenrat
66	Seeler , Silva	Buchholz	Kultusausschuss, Ältestenrat
20	Senff , Wolfgang	Hann. Münden	Minister für Bundes- und Europaan- gelegenheiten
65	Somfleth , Brigitte	Seevetal	Geschäftsordnungsausschuss Umweltfragen, Jugend und Sport
42	Stolze , Michael	Uetze	Ernährung, Landwirtschaft und Fors- ten, Umweltfragen
60	Voigtländer , Jacques	Uelzen	Kultusausschuss, Rechts- und Verfas- sungsfragen
27	Watermann , Ulrich	Bad Pyrmont	Freizeit, Tourismus und Heilbäder- wesen, Sozial- und Gesundheitswesen
30	Wegner , Reiner	Bad Salzdetfurth	Haushalt und Finanzen
35	Wernstedt , Rolf	Garbsen	Landtagspräsident, Ältestenrat
	Wiegel ¹⁾ , Anei	Celle	Medienfragen, Verwaltungsreform und öffentliches Dienstrecht, Kultusausschuss
25	Wolf , Ernst-August	Hehlen	Städtebau- und Wohnungswesen, Wirtschaft und Verkehr, Präsidium

¹⁾ nachgerückt

Lange, Bernd

Burgdorf

Mann, Erika

Bad Gandersheim



Europäisches
Parlament

Bezirk Hannover

SPD

Zukunft in Arbeit.



Deutscher
Bundestag

Name	Wahlkreis
Andres , Gerd	WK 36 / Hannover-Stadt
Brinkmann , Bernhard	WK 43 / Hildesheim
Bulmahn , Edelgard	WK 37 / Hannover-Stadt
Edathy , Sebastian	WK 34 / Nienburg-Schaumburg
Fuhrmann , Arne	WK 31 / Lüneburg / Lüchow-Dannenberg
Ganseforth , Monika	WK 38 / Hannover-Land
Griefahn , Monika	WK 35 / Harburg
von Larcher , Detlev	WK 28 / Diepholz
Niehuis , Edith	WK 48 / Northeim-Osterode
Schild , Horst	WK 42 / Hannover-Land
Schröder , Gerhard	
Schulte , Brigitte	WK 41 / Hameln-Pyrmont
Struck , Peter	WK 39 / Celle-Uelzen
Wegner* , Heidi	
Wettig-Danielmeier , Inge	WK 49 / Göttingen
Wiese* , Heino	

* = Landesliste

Vorsitzende in den SPD-Unterbezirken

Unterbezirk Celle

Meyer, Rolf

Unterbezirk Diepholz

Kramer, Rolf

Unterbezirk Göttingen

Oppermann, Thomas

Unterbezirk Hameln-Pyrmont

Lösekrug-Möller, Gabriele

Unterbezirk Hannover-Stadt

Aller, Heinrich

Unterbezirk Hannover-Stadt

Müller, Manfred (bis 7. Oktober 2000)

Meinhold, Walter

Unterbezirk Landkreis Harburg

Feindt, Klaus-Dieter

Unterbezirk Hildesheim

Heims, Elke

Unterbezirk Holzminden

Waske, Walter

Unterbezirk Lüneburg

Inselmann, Uwe

Unterbezirk Nienburg

Tonne-Jork, Elke

Unterbezirk Northeim-Einbeck

Schwarz, Uwe

Unterbezirk Schaumburg

Bartling, Heiner

Unterbezirk Uelzen/Lüchow-Dannenberg

Dehde, Klaus-Peter

Mitgliederentwicklung 1989 - 2000

Gliederung	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000
Celle	1.891	1.861 -1,59	1.831 -1,61	1.748 -4,53	1.660 -5,03	1.626 -2,05	1.563 -3,87	1.549 -0,90	1.505 -2,84	1.499 -0,40	1.447 -3,47	1.403 -3,04
Diepholz	1.876	1.880 0,21	1.886 0,32	1.866 -1,06	1.804 -3,32	1.741 -3,49	1.679 -3,56	1.696 1,01	1.643 -3,13	1.652 0,55	1.627 -1,51	1.618 -0,55
Göttingen	4.030	4.049 0,47	3.999 -1,23	3.917 -2,05	3.776 -3,60	3.699 -2,04	3.564 -3,65	3.434 -3,65	3.366 -1,98	3.341 -0,74	3.192 -4,46	3.143 -1,54
Hamel-Pyrmont	3.542	3.497 -1,27	3.465 -0,92	3.355 -3,17	3.218 -4,08	3.159 -1,83	3.029 -4,12	2.932 -3,20	2.854 -2,66	2.858 0,14	2.718 -4,90	2.682 -1,32
Hannover-Land	10.222	10.176 -0,45	10.045 -1,29	9.613 -4,30	9.320 -3,05	9.103 -2,33	8.913 -2,09	8.722 -2,14	8.514 -2,38	8.472 -0,49	8.192 -3,31	8.068 -1,51
Hannover-Stadt	8.045	8.040 -0,06	7.813 -2,82	7.396 -5,34	7.116 -3,79	6.921 -2,74	6.545 -5,43	6.259 -4,37	5.984 -4,39	5.739 -4,09	5.617 -2,13	5.539 -1,39
LK Harburg	1.889	1.896 0,37	1.889 -0,37	1.874 -0,79	1.813 -3,26	1.772 -2,26	1.723 -2,77	1.686 -2,15	1.596 -5,34	1.595 -0,06	1.511 -5,27	1.506 -0,33
Hildesheim	6.495	6.526 0,48	6.490 -0,55	6.287 -3,13	6.083 -3,24	6.004 -1,30	5.821 -3,05	5.772 -0,84	5.541 -4,00	5.523 -0,32	5.260 -4,76	5.233 -0,51
Holzminde	2.471	2.441 -1,21	2.444 0,12	2.362 -3,36	2.299 -2,67	2.261 -1,65	2.201 -2,65	2.198 -0,14	2.147 -2,32	2.145 -0,09	2.013 -6,15	1.997 -0,79
Lüneburg	1.560	1.576 1,03	1.582 0,38	1.554 -1,77	1.532 -1,42	1.515 -1,11	1.482 -2,18	1.481 -0,07	1.435 -3,11	1.441 0,42	1.436 -0,35	1.436 0,00
Nienburg	1.532	1.547 0,98	1.535 -0,78	1.491 -2,87	1.477 -0,94	1.472 -0,34	1.410 -4,21	1.395 -1,06	1.368 -1,94	1.380 0,88	1.326 -3,91	1.316 -0,75
Northheim	4.068	4.061 -0,17	3.999 -1,53	3.926 -1,83	3.801 -3,18	3.743 -1,53	3.621 -3,26	3.579 -1,16	3.451 -3,58	3.427 -0,70	3.255 -5,02	3.212 -1,32
Schaumburg	3.994	3.943 -1,28	3.885 -1,47	3.794 -2,34	3.625 -4,45	3.578 -1,30	3.446 -3,69	3.378 -1,97	3.284 -2,78	3.241 -1,31	3.159 -2,53	3.129 -0,95
Uelzen	1.567	1.564 -0,19	1.557 -0,45	1.516 -2,63	1.481 -2,31	1.466 -1,01	1.398 -4,64	1.437 2,79	1.396 -2,85	1.403 0,50	1.346 -4,06	1.322 -1,78
Bezirk Hannover	53.182	53.057 -0,24	52.420 -1,20	50.699 -3,28	49.005 -3,34	48.060 -1,93	46.395 -3,46	45.518 -1,89	44.084 -3,15	43.716 -0,83	42.099 -3,70	41.604 -1,18
		-125	-637	-1.721	-1.694	-945	-1.665	-877	-1.434	-368	-1.617	-495

Bezirk Hannover

SPD

Zukunft in Arbeit.

Mitgliederwerbekampagne



Rahmenbedingungen

- **Mitgliederzahlen** rückläufig
 - Ende 1974 67.552 Mitgl.
 - 10.1.2001 41.346 Mitgl.
 - Verlust:** 39,2%

- **Altersstruktur**
 - Zu wenig junge Mitglieder
 - Die Partei ist überaltert

- **Kommunalwahl 2001**
 - Die vorhandenen Listenplätze können wohl gerade noch adäquat besetzt werden

- **Kommunalwahl 2006**
 - Es werden Mitglieder fehlen, die die Listenplätze besetzen können

➔ Mitgliederwerbekampagne

Bezirk Hannover

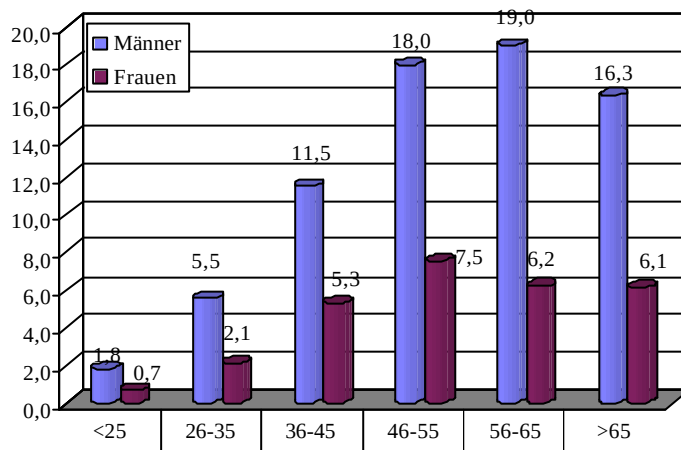
SPD

Mitglied werden. Mitglieder werben.



Altersstruktur

Bezirk Hannover



■ **29.731 Männer** (71,9%)
11.615 Frauen (28,1%)

■ **1.026 Mitglieder bis 25 Jahre** (2,4%,
 UB NOM: 1,7%;
 UB UE: 3,2%)

■ **9.395 Mitglieder älter als 65 Jahre** (22,4%,
 UB DH: 15,8%;
 UB SHG: 26,2%)



Mitglied werden. Mitglieder werben.



Ziele der Kampagne

■ Gewinnung neuer Mitglieder

hauptsächlich in der Altersgruppe der 30 bis 40-jährigen, aber

eigene Jugendkampagne mit dem UB Hildesheim

■ Stärkung der Ortsvereine

■ Dialog mit den Menschen

■ Vorbereitung auf die Kommunalwahlen 2001 und 2006

■ Festlegung von Kennzahlen für den Mitgliederzuwachs

Sollte in den UB's, bzw. den OV's erfolgen



Bezirk Hannover



Zukunft in Arbeit.



Mitglied werden. Mitglieder werben.



Struktur der Kampagne

Materialien I

■ Kampagnenbroschüre

30 Seiten im
Postkartenformat
Argumentationshilfen
Abschlussveranstaltung
Material plus Kupon für
Materialanforderung
Preise
Beitrittsformular
Verteilung über UB's an die
Ortsvereine / Mitglieder

■ Eindruckplakat DIN A1

■ Erkennungszeichen als Magnet und Anstecker

Bezirk Hannover

SPD

Mitglied werden. Mitglieder werben.



Struktur der Kampagne

Materialien II



■ Kampagnenhandbuch

„Konzept“ als Arbeitshilfe
für alle Gliederungen

Inhalt:

Mitgliedermobilisierung
Öffentlichkeitsarbeit
Beispielhafte Aktionen
Zielgruppenarbeit
Das Werbegespräch
Mitgliederservice

Bezirk Hannover

SPD

Druckerei, Kopier- und Versandservice im Kurt-Schumacher-Haus

**Wir
machen
Druck...**

Druckerei, Kopier- und Versandservice
im Kurt-Schumacher-Haus

**...und
andere
Sachen.**

Bezirk Hannover

SPD

Druckerei, Kopier- und Versandservice
im Kurt-Schumacher-Haus

**Wir
machen
Druck...**



**...und
andere
Sachen.**

→ **Druckerei**

Unsere Zwei-Farben-
Druckmaschine druckt maximal
bis zum Format DIN A3

Beste Voraussetzungen für
Briefbögen und Einladungen,
Ortsvereinszeitungen und
Broschüren – je nach Wunsch

Nicht schlecht: 500.000 Drucke
jährlich im Offset-Verfahren!

Bezirk Hannover

SPD

Bezirk Hannover

SPD

Zukunft in Arbeit.



Druckerei, Kopier- und Versandservice
im Kurt-Schumacher-Haus

**Wir
machen
Druck...**



**...und
andere
Sachen.**

→ **Kopierservice**

Unser digitaler Kopierer fertigt
monatlich 150.000 Kopien

Maximalformat bis DIN A3

Beidseitiges Kopieren, sortieren,
heften

Bezirk Hannover

SPD

Druckerei, Kopier- und Versandservice
im Kurt-Schumacher-Haus

**Wir
machen
Druck...**



**...und
andere
Sachen.**

→ **Versandservice**

Jährlich werden 300.000
Sendungen Infopost versandt

Pro Monat werden 15.000 DM
Portokosten umgesetzt

Kuvertieren wird selbstver-
ständlich maschinell erledigt

Bezirk Hannover

SPD

Druckerei, Kopier- und Versandservice
im Kurt-Schumacher-Haus

**Wir
machen
Druck...**



**...und
andere
Sachen.**

→ **Dienstleistungen** (Auswahl)

Komplettendienstleister für
Ortsvereine, Unterbezirke,
Bezirke, Landesverbände und
alle anderen Interessierten

Datenübergabe auf
elektronischem Wege

Falls gewünscht: Beratung in
gestalterischen Fragen



Druckerei, Kopier- und Versandservice
im Kurt-Schumacher-Haus
Manfred Bornemann
Odeonstraße 15/16
30159 Hannover
Telefon: (05 11) 16 74-23 0
Telefax: (05 11) 1 31 75 77
E-Mail: manfred.bornemann@spd.de

Kontakt

Bezirk Hannover

SPD

Zukunft in Arbeit.



Unterbezirksbüros im SPD-Bezirk Hannover

SPD-Unterbezirk Celle

Brauhausstraße 5
29221 Celle
Postfach 14 63, 29204 Celle
Tel.: 05141 - 2 66 62
FAX: 05141 - 21 48 81
Büroleiterinnen: Uschi Helmers
Brigitta Schmidt-Lebuhn
Internet: www.spd-celle.de
E-Mail: celle.HA-UB@spd.de

SPD-Unterbezirk Diepholz

Lange Straße 4 a
27211 Bassum
Postfach 13 64, 27203 Bassum
Tel.: 04241 - 44 03
FAX: 04241 - 53 16
Büroleiterin: Maren Launer
Internet: www.spd-diepholz.de
E-Mail: diepholz.HA-UB@spd.de

SPD-Unterbezirk Göttingen

Maschmühlenweg 8/10
37073 Göttingen
Tel.: 0551 - 4 49 37
FAX: 0551 - 59 761
Büroleiterin: Silvia Geserick
Büro: Ilse Petko
Internet: www.spd-goettingen.de
E-Mail: goettingen.HA-UB@spd.de

SPD-Unterbezirk Hameln-Pyrmont

Heiliggeiststraße 2
31785 Hameln
Tel.: 05151 - 71 73-74
FAX: 05151 - 94 13 26
Büroleiterin: z. Zt. in Vertretung für
Marion Röchert: Peter Schulze
Internet: www.spd-hameln-pyrmont.de
E-Mail: hameln.HA-UB@spd.de

SPD-Unterbezirk Hannover-Stadt

Odeonstraße 15/16
30159 Hannover
Tel.: 0511 - 1674-240/242
FAX: 0511 - 1674-267
Geschäftsführer: Hans-Georg Kühne
Büro: Siegrid Klein, Petra Tänzer
Internet: www.spd-hannover-stadt.de
E-Mail: hannover-stadt@spd.de

SPD-Unterbezirk Hannover-Land

Odeonstraße 15/16
30159 Hannover
Tel.: 0511 - 1674-250/251
FAX: 0511 - 1674-266
Geschäftsführer: Hans-Georg Kühne
Büro: Britta Köhne, Anita Schaper
Internet: www.spd-hannover-land.de
E-Mail: hannover-land@spd.de

SPD-Unterbezirk Landkreis Harburg

Steinbecker Straße 24
21244 Buchholz
Tel.: 04181 - 53 58
FAX: 04181 - 3 19 58
Geschäftsführerin: Monika Strecker
Büro: Ulrike Wlecke
Internet: www.spd-lkharburg.de
E-Mail: harburg.HA-UB@spd.de

SPD-Unterbezirk Hildesheim

Margaretenweg 7
31141 Hildesheim
Tel.: 05121 - 3 26 81
FAX: 05121 - 3 15 45 (über Büro
MdB)
Geschäftsführer: i.V. Harry Dilßner
Büro: Renate Grella
Internet: www.spd-hildesheim.de
E-Mail: hildesheim.HA-UB@spd.de

SPD-Unterbezirk Holzminden

Wilhelm-Raabe-Straße 3,
37603 Holzminden
Tel.: 05531 - 50 39
FAX: 05531 - 1 08 62 (über Büro
MdB)
Geschäftsführer: Hans-Jörg Voss
Büro: Birgit Hart
Internet: www.spd-holzminden.de
E-Mail: holzminden.HA-UB@spd.de

SPD-Unterbezirk Schaumburg

Brennerstraße 8
31737 Rinteln
Tel.: 05751 - 26 44
FAX: 05751 - 4 45 51 (über Büro
MdB)
Geschäftsführerin: Grit Schmidt
Büro: Doris Bunte
Internet: www.spd-schaumburg.de
E-Mail: schaumburg.HA-UB@spd.de

SPD-Unterbezirk Lüneburg

Auf dem Meere 14/15
21335 Lüneburg
Tel.: 04131 - 3 31 18
FAX: 04131 - 3 31 04
Büroleiterin: Anke Boye
Internet: www.spd-lueneburg.de
E-Mail: lueneburg.HA-UB@spd.de

SPD-Unterbezirk Uelzen/Lüchow-Dannenberg

Lüneburger Straße 42
29525 Uelzen
Postfach 1947
29509 Uelzen
Tel.: 0581 - 52 81
FAX: 0581 - 3 10 46 (über Büro
MdB)
Geschäftsführerin: Marga
Süsselbeck
Büro: Brigitte Lindemann
Internet: www.spd-uelzen.de
E-Mail: uelzen.HA-UB@spd.de

SPD-Unterbezirk Nienburg

Georgstraße 28
31582 Nienburg/Weser
Postfach 17 70
31567 Nienburg
Tel.: 05021 - 37 38
FAX: 05021 - 1 45 64
Büroleiterin: Christine Rinne
E-Mail: nienburg.HA-UB@spd.de

SPD-Unterbezirk Northeim-Einbeck

Teichstraße 12
37154 Northeim
Tel.: 05551 - 36 67
FAX: 05551 - 6 69 41
Büroleiterin: Katja Oltmanns
Büro und AG 60 plus: Inge Reusche
Internet: www.spd-northeim-einbeck.de
E-Mail: northeim.HA-UB@spd.de



Telefonverzeichnis Kurt-Schumacher-Haus

	Funktion	Name	0511/1674-
Landesverband Niedersachsen	Landesgeschäftsführer	Wiese , Heino	212/220
	Geschäftsführer	Wilhelmy , Frank	226
	Presse und Öffentlichkeitsarbeit	Tholen , Katrin	222
	Mitarbeiterin	Gärtner , Margrit	212
	Mitarbeiterin	Suhr , Kirsten	231
	SGK	Pühl , Manfred	261
	Fax		211
Bezirk Hannover	Leitender Geschäftsführer	Schostok , Stefan	276
	stellv. ltd. Gf	Richta , Günter	223
	Gf Buchhaltung/EDV/Kasse	Beckmann , Werner	282
	Gf Veranstaltungen	Budelmann , Johnfried	224
	Gf EDV-Beratung	Bullerdiek , Bernd	252
	Gf Veranstaltungen	Matterne , Christoph	234
	Gf Bildung/Personal	Schell , Hansjörg	214
	Auszubildende	Aggelidou , Joulie	217
	Druckerei	Bornemann , Manfred	230
	Mitarbeiterin Buchhaltung	Dörge , Ilse	246
	Mitarbeiterin Organisation	Gärtner , Anja	228
	Mitarbeiterin Bildung/Personal	Huber , Karin	216
	Mitarbeiterin Bildung/Personal	Mennecke , Gudrun	213
	Mitarbeiterin Buchhaltung	Neuendorf , Christa	215
	Mitarbeiterin EDV-Beratung	Rinke , Christa	218
	Mitarbeiterin Veranstaltungen	Schmidt , Karin	293
	Mitarbeiter Verwaltungsgesellschaft	Siggelkow , Jörg	253
	Mitarbeiterin Organisation	Stellmach , Ella	236
	Hausmeister	Toth , Sandor	251
	Mitarbeiterin Buchhaltung	Zeimet , Ute	244
	Büro Vorsitzender	Jüttner , Wolfgang	286
	Empfang / Werbemittel	Stuckhardt , Sigrid	256
	Faxgerät Bezirk Hannover		0511/1317577

Funktion	Name	0511/1674-	
Geschäftsführer	Kühne , Hans-Georg	249	Unterbezirk Hannover - Stadt
Mitarbeiterin	Klein , Sigrid	241	
Mitarbeiterin	Tänzer , Petra	240	
Faxgerät		267	
Team Region21		257	
Geschäftsführer	Kühne , Hans-Georg	249	Unterbezirk Hannover - Land
Mitarbeiterin	Köhne , Britta	250	
Mitarbeiterin	Schaper , Anita	254	
Faxgerät		266	
Mitarbeiterin MdEP <i>Bernd Lange</i>	Herrmann , Petra	210 (fax: 262)	Europabüro
Mitarbeiter MdEP <i>Bernd Lange</i>	Frank , Mathias	269 (fax: 262)	
Mitarbeiterin MdEP <i>Erika Mann</i>	Eißner , Cornelia	268 (fax: 263)	
Mitarbeiter MdB <i>Gerd Andres</i>	Lagershausen , Knud	243 (fax: 265)	Abgeordneten- pool
Mitarbeiter MdB <i>Horst Schild</i>	Langrehr , Henning	258 (fax: 0511/13499)	
Mitarbeiter MdB's <i>Schröder/Wiese</i>	Hoffmann , Mathias	247	
Mitarbeiter MdB's <i>Schröder/Wiese</i>	Scholz , Thilo	227	
Mitarbeiter MdB's <i>Schröder/Wiese</i>	Draber , Oliver	220	
Mitarbeiter MdB's <i>Schröder/Wiese</i>	Toth , Anna	293	
Mitarbeiter MdL <i>Heiner Aller</i>	Stache , Stefan	242 (fax: 266)	
Mitarbeiterin MdL <i>Wolfgang Jüttner</i>	Hollstein , Beate	286	
Team 2001		281 (fax: 0511/7605325)	Sonstiges
Jusos Bezirk Hannover		264	
Jusos Unterbezirk Hannover-Stadt		235	
Bistro Kurt S.		273 (fax: 275)	
Großes Sitzungszimmer Erdgeschoss		248	
Kleines Sitzungszimmer Erdgeschoss		281	
Sitzungszimmer 2. Obergeschoss		238	
Betriebsratsraum		284	